

Neuer Vorwärts

Nr. 209 SONNTAG, 13. Juni 1937

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Die braune Hand auf dem Balkan
Beschlagnahme Reichsstatistik
Diktaturen vor der Entscheidung
Zeichnet Kriegsleihe

Die Hinrichtungen in Deutschland

Otto Kropp — Oskar Denner — Helmut Hirsch

Wo deutsches Blut geflossen ist, kann es nicht mit Tinte gut gemacht werden. Da muß wieder Blut fließen. (Göring, 5. Juni 1937.)

Hermann Göring bekennt sich zum Gesetz der Blutrache.

Weil auf der »Deutschland« deutsche Matrosen getötet wurden, müssen in Almeria spanische Frauen und Kinder sterben.

»Wo deutsches Blut geflossen ist, kann es nicht mit Tinte gut gemacht werden. Da muß wieder Blut fließen.«

Aber wo ist in den letzten vier Jahren mehr deutsches Blut vergossen worden als in Deutschland?

Wenige Tage vor Görings Rede wurden in Berlin drei junge Menschen enthauptet. Keiner von ihnen hatte Blut vergossen.

Am 25. Mai fiel der Kopf des 21jährigen Otto Kropp. Der amtliche Bericht erklärte, er sei Kommunist gewesen und habe versucht, die kommunistische Partei zu erneuern. Die Verhandlung war geheim.

Am 4. Juni mußte der 20jährige Oskar Denner sein Haupt auf den Block legen. Als Grund wurde Landesverrat angegeben. Die Verhandlung war geheim.

Am selben Tage starb der 21jährige Helmut Hirsch durch den Henker. Die Verhandlung war geheim. Nach der Exekution wurde folgender Bericht ausgegeben — und dies war alles, was das deutsche Volk darüber erfuhr:

Der am 8. März 1937 wegen Verbrechens auf Grund des § 83 RStGB. zum Tode verurteilte Helmut Hirsch ist heute morgen hingerichtet worden. Hirsch ist im Auftrage hochverräterischer Kreise des Auslandes nach Deutschland eingereist, um hier Sprengstoffverbrechen durchzuführen. Die beiden im Ausland hergestellten Höllenmaschinen, die er benutzen wollte, konnten sichergestellt werden.

Die Welt hat die beiden ersten Nachrichten mit jener Stumpfheit aufgenommen, die die Folge jahrelanger Gewöhnung ist. Was kümmert es sie, ob die Opfer des deutschen Systems mit dem Revolver aus dem Hinterhalt oder durch juristische Rollkommandos mit der Paragraphenschlinge erledigt werden? Das ist eine innere deutsche Angelegenheit.

Der blutige Tod des Helmut Hirsch hat etwas mehr Bewegung hervorgerufen. Geheimnisvolle Andeutungen von geplanten Attentaten hatten die Neugierde geweckt. Auch spielte der Fall in zwei fremde Länder hinüber: nach der Tschechoslowakei, aus der Helmut Hirsch gekommen war, und nach den Vereinigten Staaten, die sich für den Verurteilten, einen amerikanischen Staatsbürger, eifrig, aber vergeblich eingesetzt hatten.

Warum wurde Helmut Hirsch nicht begnadigt? Weil sich die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten seit einiger Zeit verschlechtert haben? Man wird sie mit dem Henkerbeil nicht bessern. Soll das Blut eines amerikanischen Staatsbürgers die Beleidigungen abwaschen, die der Bürgermeister von New York und der Kardinal von Chicago dem Dritten Reich angeblich zufügten? Man wird drüben kein Verständnis dafür haben.

Gegen das Verbrechen von Almeria

Protest der deutschen Sozialdemokratie

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an die Sozialistische Partei Spaniens das folgende Telegramm gesendet:

Der mörderische Überfall eines deutschen Kriegsschiffes auf die wehrlose und unschuldige Bevölkerung von Almeria ist das Ergebnis einer verbrecherischen Politik, die von einem großen, stets wachsenden Teil des deutschen Volkes leidenschaftlich verurteilt wird. Mit ihm wissen wir uns einig, wenn wir gegen jenen Akt einer barbarischen Repressalienpolitik öffentlich aufs schärfste protestieren. Das spanische wie das deutsche Blut, das in Spanien vergossen wird, kommt auf die Häupter der schuldigen Diktatoren. Euer Kampf gegen sie ist auch der unsere!

Protest der Internationale

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat das folgende Telegramm gesendet:

Mit der frevelhaften Beschließung von Almeria ist der Krieg des Faschismus gegen das republikanische Spanien in eine neue Phase getreten. Niemals hat es für uns den

geringsten Zweifel gegeben, daß aus Italien und Deutschland entsendete Söldner mit Waffen aller Art, die diese faschistischen Staaten zur Verfügung stellten, unter den Fahnen des Verräters Franco kämpften. Nun sind zum ersten Mal die Kanonen gegen die wehrlose spanische Zivilbevölkerung offen und schamlos unter der Hakenkreuzfahne des Hitlerreiches abgefeuert worden. Die Arbeiter aller Länder betrauern mit Euch die Opfer dieses feigen Überfalls, aber sie wissen auch, daß gerade diese zynische Demaskierung des Faschismus die gesamte Weltöffentlichkeit aufrütteln muß. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale wird alles tun, um den Verteidigern der spanischen Freiheit und Unabhängigkeit mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu helfen. Eure Mitteilung, daß der sozialistische Abgeordnete Louis Ruffincha und fünfzehn andere Genossen durch das Tribunal der Aufständischen in Corra zum Tode verurteilt wurden, haben wir den uns angeschlossenen Parteien bekanntgegeben, sie zum Protest gegen diese geplante Massenexekution aufgefordert und bitten Euch, uns möglichst bald nähere Details bekanntzugeben.

Für die Sozialistische Arbeiter-Internationale
De Brouckère, Präsident. Adler, Sekretär.

Warum spricht das Deutsche Nachrichtenbüro so vorsichtig allgemein vom »Ausland«, wo doch jedermann weiß, daß Helmut Hirsch in Prag gelebt hat? Man hat von Berlin aus die sinnlosesten Propagandallügen gegen die Tschechoslowakei verbreitet. Hätte hier nicht etwa mit einem kleinen Anschein von Recht behauptet werden können, daß ein Anschlag gegen die deutschen Systemträger in der Tschechoslowakei vorbereitet worden sei? Welche herrliche Gelegenheit zu einer großangelegten internationalen Hetze! Und die hätte man sich ohne Not, sozusagen aus christlicher Nächstenliebe, entgehen lassen?

Es gibt für diese vorsichtige Schweigsamkeit nur eine Erklärung: der Fall Helmut Hirsch birgt peinliche Geheimnisse. Man kann ihn nicht enthüllen, ohne das ganze schmutzige Lockspitzelnetz aufzudecken, das man über das Ausland gespannt hat.

Alles spricht dafür, daß der unglückliche Junge, der trotz jüdischer Abstammung und amerikanischer Staatsbürgerschaft ein deutscher nationalistischer Schwärmer war, in eine ganz plumpe Falle hineingetappt ist. Dafür sprechen die sogenannten »Höllmaschinen«, die er in Deutschland in Empfang nahm, worauf er sofort verhaftet wurde, dafür spricht die unwidersprochen gebliebene Behauptung, daß einer seiner beiden Mittäter freigesprochen wurde, während das Schicksal des anderen unbekannt blieb, dafür spricht schließlich auch die erschütternde Stelle in seinem Brief an die Eltern: »Die Schuld trifft die Leute, die leichtsinnig und verantwortungslos diese Bereitschaft eines saudummen Jungen ausgenützt und ihn endlich hundsgemein verraten haben.«

Was war es? Eine vorbeigelungene Attentatsmache! Welches neue Reichs-

flossen ist, muß wieder Blut fließen.«

Wer ist es, der so spricht? Hermann Göring!

Hat Hermann Göring das deutsche Blut vergessen, das am 30. Juni 1934 stromweise floß? Weiß er nichts mehr von Gregor Strasser, Klausener, den ungezählten anderen? Weiß er nichts von dem deutschen Blut, das in den Konzentrationslagern floß und immer wieder fließt? Nichts von Stelling, Husemann, Fechenbach, Max Sachs und den unzähligen Namenlosen? Wer hat diese Ströme deutschen Blutes zum Fließen gebracht — weiß er das nicht, der Hermann Göring?

Anders lautet das Gesetz der zivilisierten Menschheit, anders das Gesetz des Dschungels. »Du sollst nicht töten«, sagt das eine. »Töte, damit du nicht getötet wirst«, verkündet das andere.

Die Republik hatte in der letzten Zeit ihrer Macht die Todesstrafe beseitigt. Zweieinhalb Jahre lang, vom Januar 1928 bis zum Juni 1930 ruhte das Henkerbeil. Dann kündigte sich eine neue Aera an mit den Worten: »Köpfe werden rollen.«

Sie rollen. Welcher wird der nächste sein? Welcher der letzte?

Sie ledzen nach Blut

Neue Todesurteile des Volksgerichtshofs.

Am Dienstag standen vor dem sogenannten »Volksgerichtshof« in Berlin vier Kommunisten unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat. Angeklagt waren:

Max Maddalena, ehemals Mitglied des Deutschen Reichstags,

Robert Stamm, Leiter der Kommunistischen Partei in Bremen,

Adolf Rombte, kommunistischer Redakteur,

Käte Lübeck, ehemals Mitglied der Bremer Bürgerschaft.

Das Verbrechen, das sie begangen haben, besteht darin, daß sie für den Zusammenschluß ihrer Gesinnungsgenossen gewirkt haben. Das »Urteil«:

Maddalena lebenslängliches Zuchthaus,

Rombte und Stamm: Todesurteil!

Das ist offener, brutaler politischer Mord von Amts wegen!

„Ein Wort an Deutschland“

Die Stimme der Labour Party

Zu den Bemühungen der englischen und französischen Regierung trotz Almeria den Frieden aufrechtzuerhalten, schreibt der »Daily Herald«:

Herr Hitler und das deutsche Volk würden einen fundamentalen Irrtum begehen, wenn sie die englische Haltung in der Almeria-Affäre mißverstehen würden.

Es ist wahr, die Regierung hat alles getan, um die Maschinerie der Nichtintervention funktionsfähig zu erhalten und sie wurde dabei allgemein unterstützt.

Seit langem ist die Hitlerregierung verschwenderisch mit Versicherungen ihrer friedlichen Absichten. Sie besteht darauf, daß Deutschland als völlig zivilisiertes, völlig verantwortungsbewußtes und zuverlässiges Mitglied der Völkerfamilie behandelt wird. Sie erwartet eine Lösung der Probleme des Friedens und der Verteilung der Kolonial-

»Wo deutsches Blut ge-

Die braune Hand auf dem Balkan

Jugoslawien als Wirtschaftsvasall des Dritten Reiches — Deutsches Monopol auf alle jugoslawischen Mineralvorkommen — Weit vorgeschrittene Verhandlungen

K. T., Belgrad, Ende Mai.

Da und dort wird man sich noch der »Technischen Union« entsinnen, deren Affäre vor ein paar Monaten nicht geringes Aufsehen erregte. Die Leitung dieses Unternehmens, das als Aktiengesellschaft in Zagreb mit dem Gesellschaftsziel »Erleichterung und planmäßige Ausgestaltung des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs« gegründet worden war, lag in den Händen einer höchst gemischten Kompanie. Da war der ehemalige ostpreussische Gauleiter Koch, der jugoslawische Faschistenführer Ljotitsch und ein Herr Milan Danitsch, der Geschäftsführer dieses hoffnungsvollen Unternehmens war und sich auch im Besitze der Aktienmehrheit befand. Aber schon nach kurzer Wirksamkeit wurden gegen Ljotitsch und das Unternehmen im Belgrader Parlament scharfe Angriffe gerichtet und daran anschließend brachte die Zeitung »Politika« eine Reihe von Artikeln, die die dunklen Untergründe der »Technischen Union« erhellten, wobei sich herausstellte, daß Herr Milan Danitsch, der Vertrauensmann des Nazi-Koch, vor gar nicht langer Zeit Alfred Diamantenstein hieß und unter diesem Namen wegen kommunistischer Propaganda und später wegen Betrugs und Unterschlagung verurteilt worden war.

Das auffallendste an dieser Affäre war schon damals die Tatsache, daß die ganze Reihe von Enthüllungen möglich gewesen war. In einem Land, dessen Presse völlig von den Weisungen und Wünschen der Regierung abhängig ist, konnte diese Kampagne nur mit Zustimmung der obersten Männer in Belgrad geführt werden. Angesichts der Innigkeit der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem Dritten Reich stand man vor einem Rätsel.

Die »Technische Union« ist an diesem Feldzug zugrundegegangen. Herr Ljotitsch, dessen Partei von den Nebeneinnahmen bei dem Handelsgeschäft mit Deutschland lebte, und Herr Diamantenstein-Danitsch, haben allerdings ihren Plan keineswegs aufgegeben. Soeben ist die Technische Union in neuer Gestalt als Studiengesellschaft für Wirtschaft und Organisation wiederaufgestanden, wobei die alten Verwaltungsratsmitglieder der Technischen Union einem neuen Verwaltungsrat ihre Aktien übertragen, während Herr Milan Danitsch neuerdings als Generalsekretär seine segensreiche Wirksamkeit entfalten wird. Die lieblich duftende Verbindung von Diamantenstein, Ljotitsch und dem Dritten Reich scheint also noch keineswegs ihr Ende gefunden zu haben.

Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die neu erstandene Technische Union noch weniger Chancen hat als die alte, ins große Geschäft zu kommen. Es mag da und dort etwas für sie abfallen, aber aus den riesigen Profiten, die man sich in Zagreb erträumt hatte, dürfte kaum noch etwas werden.

Das liegt gewiß nicht daran, daß der Handelsverkehr zwischen dem Dritten Reich und Jugoslawien in Gefahr wäre. Im Gegenteil, er blüht wie eh und je. Aber es scheint, daß sich stärkere Leute eingeschaltet haben als Ljotitsch und Diamantenstein und daß das eigentliche Erbe der Technischen Union seligen Angedenkens in

die Hände wichtigerer Männer gefallen ist als jener, die die neue Studiengesellschaft geschaffen haben. Wenn dem so ist — und wir werden noch aufzeigen, um was es sich dabei handelt — so wird auch ohne weiteres verständlich, warum die aufsehenerregende Kampagne gegen die Technische Union möglich war.

Das Grundproblem des jugoslawisch-deutschen Handels ist gegenwärtig der riesige Schuldsaldo des Dritten Reichs. Berlin hat Waren aus Jugoslawien bezogen, soviel es nur erhalten konnte. Mit dem Ergebnis, daß im deutsch-jugoslawischen Clearing Deutschland schließlich um rund fünfhundert Millionen Dinar mehr bezogen als geliefert hatte. Die jugoslawische Handelsdelegation, die in Berlin über die Fortführung des Handels zwischen den beiden Ländern verhandelte, sah es für ihre begreifliche Pflicht an, auf die rascheste Liquidierung dieses unfreiwilligen Kredits zu dringen, dem das arme Jugoslawien dem Dritten Reich gewährt hatte. Berlin erklärte sich zur allmählichen Abzahlung bereit, machte aber den Vorbehalt, daß die jugoslawischen Lieferungen erfolgen müßten, gleichgültig, ob diese Rückzahlung zustandekomme oder nicht. Die jugoslawische Delegation verließ daraufhin Berlin und kehrte nach Belgrad zurück. Dort wurde sie aber zu ihrer Ueberraschung mit dem strikten Befehl empfangen, den Vertrag unter allen Umständen abzuschließen, also selbst mit der von Berlin gewünschten Klausel, die die Abzahlung der deutschen Schuld mehr als zweifelhaft erscheinen läßt. In der Tat ist der deutsche Clearingsaldo nach einem zeitweiligen Rückgang wieder lustig im Steigen begriffen. Daß Jugoslawien zur Zeit der Agrar- und Rohstoffkrise jedem Käufer nachließ und sich damals von Deutschland alles gefallen lassen mußte, war schließlich nicht unbegreiflich, um so mehr als die westlichen Demokratien hier wie überall ihre Aufgabe nicht erkannten. Heute aber, da Rohstoffe und Lebensmittel gesuchte Waren sind, die man überall gegen gute Devisen und Barzahlung verkaufen kann, ist das jugoslawische Entgegenkommen an den notorischen Nichtzahler Deutschland mehr als wunderlich. Auch hier erkennt man das Eingreifen oberster politischer Stellen.

Nun wird in Belgrad versichert, daß zwischen Jugoslawien und dem Dritten Reich Verhandlungen im Gange seien, die ein Geschäft von ungewöhnlichem Charakter und außerordentlichem Ausmaß betreffen sollen.

Es handelt sich, kurz gesagt, um einen Vertrag, wonach Deutschland die Schürfrechte auf alle Mineralvorkommen Jugoslawiens erhalten und die dafür nötigen Installationen liefern soll, wogegen es sich an den geförderten Mineralien bezahlt machen dürfte.

Das ist ein Abkommen, wie es zwischen zwei unabhängigen Ländern noch kaum je abgeschlossen worden sein dürfte. Was es für Deutschland bedeuten kann, erkennt man aus einem einfachen Hinweis auf die bekannten Mineralvorkommen Jugoslawiens. Da findet sich Manganesum, Chrom, Blei, Kupfer, Zink, Antimon, Bauxit, Pyrit, Eisen usw. Mit einem Wort, eine nahezu vollständige Liste aller für die Rüstungsindustrie wich-

tigen Erze. Schon die gegenwärtige Produktion an einigen dieser Erze ist von nicht geringem Umfang. Alle Fachkundigen stimmen aber darin überein, daß die noch unausgebeuteten Lager von sehr großem Wert sind. Das deutsche Interesse ist also mehr als begreiflich.

Nicht ganz so leicht begreiflich ist aber die Tatsache, daß die Regierung eines unabhängigen Landes sich bereit findet, einen derartigen Vertrag abzuschließen, der Jugoslawien wirtschaftlich in einem Maß ans Dritte Reich binden kann, das auch politisch nicht ohne Folgen bleiben dürfte. Und das Erstaunen wächst noch, wenn man erfährt, daß eine der Hauptschwierigkeiten des Vertrags, nämlich die Aufbringung der Devisen für den Transit der Installationen von Deutschland nach Jugoslawien, durch ein großzügiges Entgegenkommen der — an Devisen gleichfalls nicht übermäßig reichen — jugoslawischen Regierung überwunden werden konnte.

Kein Wunder, wenn in den Kreisen, die von der Art und dem Umfang des geplanten Unternehmens informiert sind, auf hohe und höchste Verbindungen der Vertragspartner hingewiesen wird. Politische und geschäftliche Neigungen der zuständigen Stellen scheinen sich in diesem Falle aufs glücklichste zu ergänzen.

Die Durchführung des Abkommens ist offenbar bereits im Gange. Ein Inserat in der Belgrader Tagespresse macht darauf aufmerksam, daß Schürfrechte in ganz Jugoslawien gesucht werden. Man ist also schon über das bloße Verhandlungsstadium hinausgekommen. Der arme Diamantenstein ist freilich an den zu erwartenden Profiten nicht beteiligt. Sein Erbe ist in stärkere Hände gefallen.

Auch Bulgarien

Zur Balkanreise des Reichsaußenministers v. Neurath

Die Reise des deutschen Reichsaußenministers v. Neurath ist durch intensive Wirtschaftsverhandlungen vorbereitet worden. Seit Monaten macht Deutschland die energischsten Versuche, die führende Stellung des deutschen Kapitals in der bulgarischen Wirtschaft zu festigen. Während der Breslauer Frühjahrsmesse fanden Unterredungen deutscher Vertreter mit bulgarischen Delegierten über die Verstärkung des Warenaustausches zwischen Deutschland und Bulgarien statt. Zur Fortsetzung der Verhandlungen kam in Sofia der Präsident der deutsch-bulgarischen Handelskammer in Berlin, Herr Brandstein, an und wurde vom bulgarischen König Boris empfangen. Nach Verhandlungen mit den führenden bulgarischen Staatsmännern hielt Brandstein in der Akademie der Wissenschaften von Sofia einen Vortrag über die deutsch-bulgarischen Handelsbeziehungen. Der Vortragende erklärte, daß Deutschland sich in Südosteuropa eine Rohstoffbasis schaffen will. Auf der Frühjahrsmesse in Plovdiv erschien eine große Delegation deutscher Industrieller, um Verträge über die bulgarische Warenausfuhr nach Deutschland zu unterzeichnen. Gleichzeitig mit diesen Exportverhandlungen führen deutsche Wirtschaftsexperten Verhandlungen über den Ankauf von Kohlen- und Erzbergwerken in Bulgarien durch deutsches Kapital.

güter auf Grund der Annahme, daß Nazi-Deutschland ein Land wie andere Länder ist.

Dann aber plötzlich enthüllt sie ihren wahren Charakter. Sie zeigt, daß sie auf einen Nervenreiz nicht wie ein gesunder Mensch reagiert, sondern wie ein Nervenkranker oder ein Wilder: gewalttätig, krampfartig, sicherheitsgefährlich, brutal.

Das ist die Lehre von Almeria. Und diese Lehre wird in England nicht bald und nicht leicht vergessen werden. Für alle Beziehungen zu dem gegenwärtigen Regime in Deutschland muß sie bestimmend sein.

Wenn Herr Hitler Anspruch erhebt, im Hinblick auf Rang und Behandlung mit anderen auf gleiche Stufe gestellt zu werden, so muß er erst beweisen, daß er im Punkte der Zivilisation und des Benehmens mit ihnen auf gleicher Stufe steht.

Eine Abrechnung, die ebenso unerbittlich ist wie verdient! Aber behauptet die braune Propaganda nicht immerzu, die Hitlerregierung habe »das Ansehen Deutschlands in der Welt« wiederhergestellt? Wir erinnern uns nicht, daß der »Daily Herald« oder ein anderes englisches Blatt gegen die Regierung eines Negerstaates jemals eine ähnliche Sprache geführt hätte!

Die Wahrheit über Ibiza

Die Diplomatie des Dritten Reiches hat den Versuch unternommen, die Nichtinterventionspolitik zu einem Beistandspakt gegen das angegriffene republikanische Spanien zu verwandeln. Als Vorwand diente ihr der Zwischenfall von Ibiza. Die abscheuliche Tat von Almeria hat jedoch nur den Willen der Westmächte bestärkt, die angreifenden Diktaturmächte stärker zu binden. Es ist den Diktatoren diesmal nicht gelungen, den Verhandlungen über die Zurückziehung der deutschen und italienischen Truppen zu entinnen.

Ueber den Zwischenfall von Ibiza ist ein Bericht des Führers der spanischen Bombenflugzeuge, die den Panzerkreuzer »Deutschland« bombardiert haben, veröffentlicht worden, Kapitän Arcega berichtet:

»Meine Befehle wurden mir direkt durch den Obersten Hidalgo Cisneros übermittelt. Sie verpflichteten mich, mit unseren beiden Maschinen einen Aufklärungsflug über Ibiza zu unternehmen und eine Aktion von vier Zerstörern zu unterstützen. Die Befehle wurden mir um 9 Uhr morgens übermittelt und um 5 Uhr nachmittags starteten wir. Unsere Maschinen sind schnelle Bombardierungseindecker mit zwei Motoren. Sie sind schneller als sehr viele Jagdflugzeuge, jedenfalls sind sie sicher schneller als die Heinkelmaschinen. Wir flogen in 1200 m Höhe und hatten einen weiten Ueberblick über die See. Als wir uns Ibiza näherten, saher wir in der Bucht ein Kriegsschiff längs der Mole vor Anker liegen, ungefähr 200 m von der Küste entfernt. Wir schickten uns an, es zu erkunden, aber als wir uns näherten, eröffnete es das Feuer gegen uns. Die erste Salve lag ein wenig zu kurz, aber das Feuer wurde rasch korrigiert und alsbald platzten die Granaten um uns herum. Es war ungefähr 6 Uhr, vielleicht 6 Uhr 5 Minuten. Auf der See konnten wir unsere Zerstörer sehen, die das Fort beschossen. Aber wir konnten den Einschlag ihrer Granaten nicht sehen. Wir konnten selbstverständlich nichts anderes tun, als das Schiff angreifen, das auf uns schoß. Ich setzte mich an die Spitze und befahl dem Beobachter, drei Bomben von je 100 kg und eine von 50 kg abzuwerfen, während ich vier Bomben von je 10 kg als Reserve behielt. Ich konnte nicht sehen, wohin unsere Granaten fielen, da wir in diesem Augenblick genau über unserem Ziel waren. Das zweite Flugzeug warf ebenfalls eine Bombe ab. Als wir uns entfernten, glaubten wir den Rebellenkreuzer »Cervera« getroffen zu haben, und dieser Name steht auch in dem Bericht, den ich meinem Chef bei der Rückkehr erstattete. Erst später erfuhren wir die Wahrheit.«

Aus diesem Bericht geht hervor, daß die »Deutschland« mit Waffengewalt in eine Unternehmung eingegriffen hat, die Schiffe und Flugzeuge der spanischen Regierung gegen Ibiza führten.

Die Erkennungsmarke

Vor kurzem hat Hitler den »Verdienstorden vom deutschen Adiere« geschaffen. Dieser Orden hat nach der amtlichen Erklärung folgende Zweckbestimmung:

»Diese Anzeichnung soll nach der vom Führer und Reichskanzler gleichzeitig mit der Verordnung erlassenen Satzung des Ordens ausländischen Staatsangehörigen, die sich um das Deutsche Reich verdient gemacht haben, auf Vorschlag des Reichsministers des Auswärtigen vom Führer und Reichskanzler verliehen werden.« Wir haben damals angedeutet, daß abge-

sehen von den italienischen Großwürdenträgern die Empfänger in aller Welt — nach dieser Zweckbestimmung! — in einige Verlegenheit geraten würden. Inzwischen sind Verleihungen erfolgt, und heute schon erkennt man: dieser Orden soll die Erkennungsmarke für die Glieder der Achse Berlin—Rom und ihre Vasallen darstellen. Das Großkreuz des Verdienstordens vom deutschen Adler — an einem breiten, von der rechten Schulter zur linken Hüfte führenden Band und mit einem silbernen achteckigen Bruststern — haben erhalten: Mussolini, Graf Ciano und Ministerpräsident Stojadinowitsch von Jugoslawien.

Eine Niederlage der Reaktion

Das Großherzogtum Luxemburg, zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland eingeklemmt, verfügt über demokratische Traditionen und eine kräftige Arbeiterbewegung. Das Land wird zur Zeit von einer katholisch-libe-

ralen Parlamentsmehrheit regiert. Die industriellen Kreise — Luxemburg ist der Sitz eines der größten Stahlkonzerne der Welt, der sogenannten Arbed, und zugleich Sitz des Weltstahlwerkverbandes — haben einen starken politischen Einfluß hinter den Kulissen.

Auf diese, wirtschaftlich mit Deutschland zum Teil eng verbundenen Kreise ist es zweifellos wesentlich zurückzuführen gewesen, wenn vor etwa Jahresfrist auch die Regierung des kleinen Luxemburg modernen antidemokratischen Bestrebungen durch ein »Ordnungsgesetz« einige Zugeständnisse zu machen, sich bemüht fand. Die Regierung legte ein Gesetz vor, das bei seinem Inkrafttreten ihr die nötigen Vollmachten gegeben hätte, »revolutionäre« Parteien zu unterdrücken.

Deshalb hat sich die Luxemburger Arbeiterbewegung vom ersten Augenblick an gegen ein Gesetz gewehrt, das mit den Grundsätzen von Demokratie und Parlamentaris-

mus nicht in Einklang zu bringen ist.

Die Abwehr im Parlament mit seiner kompakten katholisch-liberalen Majorität war vergeblich. Jedoch wurde eine Volksbefragung erzwungen. Am 6. Juni ist diese Volksbefragung nunmehr erfolgt, und sie hat ergeben, daß 54 Prozent der stimmberechtigten Luxemburger nichts von einem präfaschistischen Gesetz für ihr Land wissen wollen.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Kammerwahlen verloren denn auch die katholische und die liberale Partei noch ein paar Sitze, während die Arbeiterpartei, die schon bisher die zweitgrößte Partei im Parlament ist, einige Sitze gewann. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit ist auf diese Weise auf die geringe Zahl von 5 Abgeordneten gesunken.

Der Erfolg ist im wesentlichen der musterhaften Aufklärungsarbeit zu verdanken, die die Arbeiterbewegung eines kleinen bedrohten Landes an der deutschen Westgrenze im Interesse der Demokratie und der Freiheit leistete.

Die Rüstungsindustrie bezieht Wohlfahrtsunterstützung

Beurlaubte Arbeiter von den Gemeinden erhalten — die Vierjahresplan-Betriebe tragen Dividende, das Volk trägt das Risiko.

Den deutschen Arbeitern ist der »willkürliche Wechsel« des Arbeitsplatzes streng untersagt. Dagegen ist es den Unternehmern durchaus nicht untersagt, ihre Arbeiter zeitweilig auf die Straße zu setzen, ohne sie weiter zu bezahlen, aber auch ohne sie aus dem Arbeitsverhältnis endgültig zu entlassen. Denn — so drückt es die Deutsche Gemeindekorrespondenz in neudeutscher Sprache aus:

»Die industrielle Aufwärtsentwicklung, vor allem auch die Umstellungen von Betrieben, die bei der industriellen Verlagerung und auch infolge Umstellungen auf einheimische Rohstoffverwendungen notwendig waren, haben verschiedentlich dazu geführt, daß Werke für die Dauer dieses Umstellungsprozesses ganz oder teilweise ihre bisherige Beschäftigung einstellen mußten. Auch wird es immer der Fall sein, daß Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen getroffen werden.«

In der Rubrik »Umstellung« werden heutzutage auch Rohstoffmangel und Exportokkupation geführt. Das Schmerzliche ist nun, daß die nicht beschäftigten und nicht entlassenen Arbeiter der »umzustellenden« Betriebe hartnäckig behaupten, von irgend etwas leben zu müssen. Wovon aber? Einen anderen Posten dürfen sie nicht annehmen. Der Unternehmer, der sie zu einer Art Dienstbereitschaft zwingt, zahlt nichts. Das Arbeitsamt drückt sich mit der Begründung, daß die betreffenden Arbeiter ja nicht entlassen seien und deshalb für die Arbeitsvermittlung nicht in Frage kämen. Die eigentliche Aufgabe des Arbeitsamtes sei aber gerade die Arbeitsvermittlung, nicht »die Unterstützung während einer Werksbeurlaubung«. Ganz richtig. Wo kämen die Gehälter der Kraft-durch-Freudenspenden, wo kämen die deutschen Rüstungen hin, wenn die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wirklich für die Unterstützung der Arbeitslosen verwendet würden?

Da die Unternehmer nichts zahlen und die Reichsanstalt nicht zuständig ist, bleiben nur — die Wohlfahrtsämter übrig, die jetzt in der Tat dazu mißbraucht werden, den ortsansässigen Unternehmern durch Unterstützung der »beurlaubten« Arbeiter über tote Zellen hinwegzuhelfen. Die Gemeindekorrespondenz schreibt:

»Hier erhebt sich nun eine grundsätzliche Frage; sie lautet, auf eine kurze Formel gebracht und etwas drastisch ausgedrückt: Kann es Aufgabe der öffentlichen Fürsorge sein, einem industriellen Betrieb seine Umstellung oder gar seine Modernisierung oder Rationalisierung zu erleichtern, ihm z. B. während der dadurch bedingten Arbeitsaussetzung seine Stammarbeiterschaft zu erhalten, indem die Gemeinden diese für die Dauer der Arbeitsaussetzung unterstützen? Man wird dies grundsätzlich verneinen müssen.«

Grundsätzlich verneint man, aber praktisch muß man zahlen. Und praktisch werden die Arbeiter auf diese Weise gezwungen, so lange es dem Unternehmen paßt, sich »umzustellen« (oder so lange die Rohstoffe fehlen), auf Kosten der Gemeinde kümmerlich von Wohlfahrtsgröschchen zu leben. Beschelden und in devot gewundener Ausdrucksweise fragt die GK an, ob es nicht angehe, daß ein Betrieb, »der zu einer solchen finanziellen Hilfe sehr wohl in der Lage ist«, die Risiken der Rationalisierung und Modernisierung selbst auf sich nehme, und ob das Arbeitsamt im Weigerungsfalle die entlassenen Arbeiter nicht »im Rahmen des Möglichen« irgendwo anders hin vermitteln könne. Erschrocken über die eigene Kühnheit schlägt sich der Schreiber sofort selbst auf den Mund:

»Aber auch ein solcher Weg wäre nur eine primitive Regelung und auch keineswegs allgemein gangbar (man denke z. B. an Unternehmen, die unmittelbar wichtigen Zielen des Vierjahresplanes und des Aufbauwerkes dienen). Darum wäre doch zu erwägen ob nicht in einem solchen Falle wenigstens für die nächste Zeit von Reichs wegen Maßnahmen getroffen werden können, die eine alleinige Abwälzung der Fürsorgelasten auf die Gemeinden und damit eine Sicherung der Stammarbeiterschaft für das Unternehmen ausschließlich aus öffentlichen Unterstützungsmitteln verhindern. Ob diese Regelung in Form einer allgemeinen Anordnung oder durch besondere, von Fall zu Fall aus allgemeiner Ermächtigung sich ergebende Maßnahmen, bzw. Reichshilfe erfolgen soll, mag dahingestellt bleiben. Es dürfte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß eine derartige indirekte Unterstützung privatwirtschaftlicher

Nazi und auslandsdeutsche Arbeiterschaft

mn. Rio de Janeiro, Mitte Mai.

Innerhalb der nationalsozialistischen Parteiorganisation der Stadt Sao Paulo ist ein erbitterter Streit mit gegenseitigen Unterschlagungsbeschuldigungen entstanden, der ein helles Licht wirft auf die Werbemethoden der Nationalsozialisten unter den Auslandsdeutschen. Bei der Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Mai-Feier, die vom Generalkonsulat und der DSDAP-Organisation gemeinsam veranstaltet wurde, gab es Differenzen bei der Verrechnung der Zuschüsse der einzelnen Firmen. Dabei stellte sich heraus, mit welchen Methoden die Parteiorganisation die »Werbung« für die Teilnahme an der Mai-Feier durchgeführt hatte. Zuerst berief sie die deutschen Firmen, die in der einen oder anderen Weise mit Deutschland in Geschäftsbeziehungen stehen oder abhängige Filialunternehmen deutscher Gesellschaften sind, zusammen, und erklärte ihnen durch den Mund des Organisationsleiters folgendes: Partei und Generalkonsulat rechneten in diesem Jahre mit einer ungleich schwächeren Beteiligung an der Mai-Feier, weil die Hetze mancher brasilianischer Zeitungen gegen Deutschland eine gewisse Wirkung auf die deutschen Volksgenossen ausgeübt habe. Eine geringere Besucherzahl sei aber für die Auslandsdeutschen sehr blamabel und schädliche mit den politischen auch die geschäftlichen Interessen der in Brasilien lebenden Auslandsdeutschen. Aus diesem Grunde sei es nicht nur vom Standpunkt der Partei und der Reichsvertretung, sondern auch von dem der deutschen Firmen selbst unbedingt notwendig, mit allen Mitteln für den Besuch des Festes zu sorgen. Das müsse nun in der Weise geschehen, daß die einzelnen Firmen Freibier und freie Verpflegung für ihre Belegschaftsangehörigen zur Verfügung stellten, um auf diese Weise den Anreiz zur Beteiligung zu erhöhen.

Als trotz dieser Ankündigung die Anmeldungen zu dem Fest von den einzelnen Firmen nur spärlich einliefen, berief die NSDAP eine neue Sitzung ein, in der den Firmen mitgeteilt wurde,

nur den Firmen würde für den Import aus Deutschland weiterhin Verrechnungsmark zur Verfügung gestellt werden, die ihre Angestellten und Arbeiter vollzählig auf den Festplatz brächten.

Da der Kurs der Freimark 7.2 ist, der der Verrechnungsmark aber nur 5.1 beträgt, wirkte diese Drohung außerordentlich stark. Die einzelnen Firmen begannen darum, ihre

Angestellten und Arbeiter zu bearbeiten und sparten nicht mit Versprechungen und Drohungen. So wurde den vierzig Arbeitnehmern einer kleinen Metallwarenfabrik in einem Vorort von Sao Paulo versprochen, sie bekämen insgesamt tausend Milreis zur Konsumation am Festplatz, wenn die Belegschaft vollzählig erscheine.

Um dem europäischen Leser einen Begriff von der Größe dieses Betrages zu geben, sei erwähnt, daß die fünfundzwanzig Milreis, die pro Mann vorbeizahlen wurden, dem Gegenwert von einem Mittagessen in einem mittleren Restaurant und fünfzehn Flaschen Bier entsprechen. Da auf Weisung der NSDAP mitgeteilt wurde, daß an diese Freikonsumation auch die Familienangehörigen der Belegschaftsmitglieder teilhaben dürften, hoffte man auf einen besonderen starken Zuspruch. Von den vierzig Arbeitern erklärten sich trotz dieses »Zuckerbrotes« und trotz der Drohung mit der Entlassung nur dreißig bereit, die Feier zu besuchen. Die übrigen sieben, durch die Bank hochqualifizierte Arbeiter und alte deutsche Gewerkschaftler, teilten der Firmenleitung mit, sie zögen die Entlassung einem Erscheinen bei der nationalsozialistischen Mai-Feier vor.

Die Firmenleitung überlegte einige Tage und sah aus Betriebsgründen von der Entlassung der Arbeiter ab: es hätte zu viel Mühe und Unkosten bedeutet, neue Kräfte anzulernen. Außerdem lag ihr der Erfolg der Veranstaltung innerlich selbst nicht sehr am Herzen, — sie wollte nur ihre Ruhe und Schluß mit den Drohungen und Belästigungen haben. Sie beauftragte darum einen Werkmeister, unter den in der Nähe der Fabrik wohnenden Brasilianern sieben Leute für eine Beteiligung an der Mai-Feier zu gewinnen, wobei ihnen neben Freikonsumation an Speisen und Getränken in Höhe von fünfundzwanzig Milreis pro Kopf noch freie Fahrt zum und vom Sportplatz »Germania« versprochen wurde. Als die Belegschaft von dieser Möglichkeit hörte, traten noch weitere vier Arbeiter von der Beteiligung zurück,

so daß zum Schluß die Firma zu der Mai-Feier zwar, entsprechend ihrer Belegschaftszahl, mit vierzig Mann antrat, davon sprachen und verstanden aber nur neunzehn deutsch, die anderen waren Brasilianer, Italiener, Litauer, Portugiesen und Syrier!

Da von zahlreichen Betrieben solche »Strohmannen« erschienen waren, die kein Wort Deutsch konnten, kam es, als das Fest wegen schlechten Wetters vorzeitig abgebrochen werden mußte, bei der Verrechnung der Gutscheine für Frei-Essen und Frei-Bier

zu unangenehmen Differenzen, weil einzelne geschäftstüchtige Parteigenossen den Brasilianern, die Gutscheine, die wegen des schlechten Wetters nicht eingelöst werden konnten, für die Hälfte abkauften, den Wirtschaftsteilen gegenüber aber zu vollem Werte verrechneten. Eine andere Differenz entstand mit den Brasilianern, die von einzelnen Firmen zum Auffüllen der Belegschaft engagiert worden waren und wegen der vorzeitigen Beendigung der Veranstaltung um einen Teil ihres Freibiers und ihrer Freispisen gekommen waren und nun Ersatz verlangten...

Diese Methoden der »Werbung« unter den Auslandsdeutschen, die auch in Rio de Janeiro und in Santos angewandt wurden, sind in doppelter Hinsicht interessant. Sie zeigen erstens, daß die Zahl der freiwilligen Besucher nationalsozialistischer Veranstaltungen in Brasilien nur sehr, sehr gering ist, und daß, um die fehlende Begeisterung zu verbergen, alle Mittel der Korruption und des Terrors notwendig sind. Ebenso kennzeichnend ist aber das Verhalten der deutschen Firmen! Der ganz überwiegende Teil ihrer Inhaber steht dem Nationalsozialismus gleichgültig, wenn nicht gar feindselig gegenüber. Trotzdem befiehlt er seine Angestellten und Arbeiter zu den Feiern und läßt sich das sogar viel Geld kosten, weil er die Ungelegenheiten scheut, die ihm sonst entstehen. Zum Teil bestehen sie in geschäftlichen Schwierigkeiten, die besonders ins Gewicht fallen, weil bei den deutschen Dumpingpreisen der Absatz der deutschen Waren zunimmt. Hinzu kommt aber der allgemeine Wunsch, seine Ruhe zu haben und von den Bedrohungen und Verleumdungen der NSDAP so wenig als möglich belästigt zu werden. Man empfindet das Bestehen der nationalsozialistischen Parteiorganisation als eine üble Plage, und glaubt am besten dabei wegzukommen, wenn man ihr bei ein oder zwei Gelegenheiten pro Jahr Tribut zahlt. Andererseits gibt es aber auch deutsche Firmen, die sich den nationalsozialistischen Gangstermanieren nicht unterwerfen, sondern sich lieber der Unbequemlichkeiten und den Opfern einer Umstellung der geschäftlichen Beziehungen unterziehen. Trotzdem ihre Zahl zunimmt, bilden sie noch immer nur eine kleine Minderheit. Der Hauptwiderstand kommt nach wie vor von den Auslandsdeutschen, die seinerzeit mit einer gefestigten politischen Gesinnung aus der Heimat ausgewandert sind und so tüchtige Arbeitskräfte sind, daß sie nicht darauf angewiesen sind, bei den deutschen Firmen zu arbeiten, die in dieser oder jener Weise dem Terror der NSDAP ausgesetzt sind: alte Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler!

Ziele grundsätzlich nicht aus öffentlichen Fürsorgemitteln erfolgen kann.«

Immer nur »grundsätzlich«, wohlbemerkt. Während des ganzen Hin und Hers hungern sich die »beurlaubten« Arbeiter weiter durch fleisch- und fettlose Tage, sparen die Rüstungsindustriellen weiter die Wartegelder — in dem sicheren Bewußtsein, daß ihnen die Konkurrenz keinen einzigen Facharbeiter

wegschnappen darf, daß die Dividenden ruhig weiter steigen und die Gemeinden ruhig weiter zahlen werden. Wenn nicht die Gemeinden zahlen, zahlt das Reich — in jedem Falle zahlt das deutsche Volk, in jedem Falle wird den Großverdienern der deutschen Kriegsbereitschaft auf Kosten der Arbeiter und der Steuerzahler jedes Risiko abgenommen. — Für sie ist Deutschland wirklich schöner geworden. H—n.

Aus Danzig verschleppt!

Der Fall des Abgeordneten Hans Wiechmann

Der Völkerbundsrat hat in seiner Mai-tagung zum Danziger Verfassungskonflikt nicht Stellung genommen. Während der Rat in Genf tagte, hat sich in Danzig ein Fall ereignet, der wirklich Anlaß dazu bieten könnte, das Weltgewissen aufzurütteln. Am Dienstag, dem 25. Mai, in den späten Abendstunden, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Hans Wiechmann auf offener Straße von der Politischen Polizei verhaftet. Die Polizeibeamten forderten Wiechmann auf, ein Auto zu besteigen, das eine reichsdeutsche Nummer trug. Da die Verhaftung sich, wie gesagt, auf offener Straße abspielte, konnte sich Wiechmann noch mit Erfolg dagegen wehren. Wiechmann wurde darauf mit einem Danziger Polizeiauto, das sich ebenfalls in der Nähe befand, zum Polizeipräsidium gebracht, wo er einem Verhör unterzogen wurde.

Er ist seitdem von niemand in Danzig mehr gesehen worden.

Während die Angehörigen und Freunde Wiechmanns ihn in Polizeihaft wähnten und zunächst auch solche Auskünfte von der Polizei erhielten, wurde zwei Tage darauf von der Politischen Polizei plötzlich erklärt, Wiechmann befinde sich gar nicht in Haft, er sei lediglich aliiert

und nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Polnischen Blättermeldungen zufolge, hat die Polizei auf Rückfragen die Auskunft erteilt, daß Wiechmann nur eine Stunde lang auf dem Polizeipräsidium festgehalten worden sei.

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß Wiechmann, wie das sicherlich bereits ursprünglich beabsichtigt gewesen war, von der Danziger Polizei nach seiner Verhaftung nach dem Dritten Reich verschleppt worden ist, oder daß seine Haftentlassung mit dem Zweck verfolgt wurde, daß er anschließend von unbekanntem Täter überfallen und seitdem verborgen gehalten worden ist.

Beide Versionen sind denn auch von der Presse vertreten worden. In Danzig neigt man allgemein eher der Meinung zu, daß Wiechmann in ein reichsdeutsches Konzentrationslager verschleppt wurde. Die Danziger Polizei hat eine Vermisstenmeldung, die durch die Freunde Wiechmanns aufgegeben wurde, angenommen. Es ist aber außerordentlich charakteristisch, daß die Danziger Polizei bisher öffentlich weder ein Dementi der in der ausländischen Presse ausgesprochenen Vermutungen mitgeteilt hat, noch daß der Polizeipräsident öffentlich erklärt hätte, daß er

nach dem Verbleib Wiechmanns schleunigst Nachforschungen erleben würde. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Abgeordnete Wiechmann Beamter der Polnischen Staatsbahnen ist.

Der Fall des Abgeordneten Wiechmann zeigt aufs deutlichste, welchen Weg zu gehen die Danziger Nationalsozialisten entschlossen sind, um ihre mutigsten und noch immer ungeborenen Gegner in Danzig beiseite zu schaffen. Durch Erpressungen und Drohungen ist es ihnen bisher gelungen, einige oppositionelle Abgeordnete zum Verzicht auf ihre Mandate zu bewegen, oder sie soweit zu korrumpieren, daß sie das Versprechen abgaben, für eine Verfassungsänderung in Danzig zu stimmen.

Nachdem sie die hierfür erforderliche Zweidrittelmehrheit im Danziger Volkstag erreicht haben, greifen sie zu noch brutaleren Mitteln, um die Danziger Opposition ihrer sichtbaren Führer zu berauben.

Wenn der Hohe Kommissar und wenn die übrigen Instanzen des Völkerbundes nicht jedes Mittel unternehmen, um den Fall Wiechmann rückgängig und wieder gut zu machen, so wird er kein Einzelfall bleiben. Das schändliche Mittel der Verschleppung durch die Gestapo-Agenten wird in Danzig an der Tagesordnung sein!

Mussolinis Alibi

Ganz ernsthaft läßt die italienische Propaganda das folgende der Welt mitteilen:

»An Bord des Motorschiffes Amicora wurden drei Italiener festgenommen, die sich in Neapel im Frachtraum verborgen hatten in der Hoffnung, nach Spanien zu gelangen, um als Freiwillige in die Armee General Francos eintreten zu können.«

Arme Italiener, wie sie sich unbemerkt von Mussolini nach Spanien schleichen müssen! Wer zweifelt noch, daß Mussolini wirklich das Nichtinterventionsabkommen einhält?

Die Diktaturen vor der Entscheidung

Die Verschiebung der europäischen Machtlage durch die Gegenrüstungen

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird dieses Jahr noch sehr bedeutsame Entscheidungen bringen. Die internationale Spannung hat einen Grad erreicht, die so oder so ein Ende nehmen muß. Die Liquidierung des Kriegs in Spanien, wozu die bewaffnete Intervention Italiens und Deutschlands den spanischen Bürgerkrieg längst umgestaltet hat, verträgt weder langen Aufschub noch ein Kompromiß. Denn hier ist die Machtfrage zwischen Italien-Deutschland einerseits, England-Frankreich andererseits mit aller Offenheit und Brutalität gestellt. Es handelt sich nicht um Ideologie, obwohl glücklicherweise die demokratische und pazifistische Idee mit dem Lebensinteresse des Empire und Frankreichs zusammenfällt, sondern um Existenzfragen. Die Festsetzung Italiens und Deutschlands in Spanien auf den Balearen und an der marokkanischen Küste, ganz gleich in welcher Form und in welchem Grad, bedeutet die Verwandlung des mittelländischen Meeres in einen italienischen Binnensee, die Abschneidung des wichtigsten Verbindungsweges des Empire, die Unterbindung der militärisch lebenswichtigen Kommunikation Frankreichs mit seinen nordafrikanischen Kolonien, die Bedrohung der französischen Pyrenäengrenze, die Verwendung der reichen Rohstofflager Spaniens und Marokkos für die italienische und deutsche Kriegsvorbereitung. Zweimal haben vor dem Krieg während der Marokkokrise England und Frankreich gegen die Festsetzung Deutschlands in Marokko ihr Veto eingelegt und mit der Kriegsdrohung den Rückzug des deutschen Imperialismus erzwungen. Der kombinierte Angriff Italiens und Deutschlands ist heute noch ungleich gefährlicher und zielt direkt gegen die Fortexistenz des englischen Empire und gegen das Fortbestehen Frankreichs als Großmacht, ja als unabhängige Macht überhaupt. Deshalb gibt es kein Kompromiß und kein faules Geschehenlassen wie in Abessinien. Wie immer jetzt die diplomatischen Verhandlungen über die Wiederbeteiligung Deutschlands und Italiens an der Nichtintervention im einzelnen erledigt werden, das Ziel ist jetzt der Rückzug der italienischen Armee und der deutschen Flugzeug- und Tankkolonnen mit ihren Generalstabsoffizieren und Technikern zuerst aus Spanien, dann von den Balearen und Marokko. Der Rückzug ist für die beiden Angreifer nicht leicht und für Mussolini vielleicht noch schwerer als für Hitler. Aber die Alternative heißt Krieg...

Das deutsch-italienische Verhältnis ist recht eng geworden. Der Marschall von Blomberg hat augenblicklich in Rom nicht nur mit Mussolini und dem Außenminister, sondern auch mit den Chefs der italienischen Armee wichtige Verhandlungen geführt. In den römischen Regierungskreisen wird zwar in Abrede gestellt, daß ein Militärbündnis unterzeichnet werden soll, aber hinzugefügt, daß die «Achse» Rom—Berlin eine »militärische Zusammenarbeit« in sich schließt, und wir müssen gestehen, daß uns der Unterschied zwischen »Militärbündnis« und »militärischer Zusammenarbeit« nicht eben sehr groß zu sein scheint. Auch sind wir die letzten, die verkennen wollen, daß der italienisch-deutsche Einfluß in Südosteuropa zugenommen und namentlich in Jugoslawien Erfolg zu verzeichnen hat. Aber dies reicht nicht aus, um in einem Ernstfall, wenn England auf der anderen Seite steht, Italien und Deutschland die Unterstützung auch nur eines der kleineren Staaten zu sichern. Trotz aller krampfhaften Bemühungen blieben die Angreifer isoliert.

Auf der anderen Seite hat sich aber eine bemerkenswerte Aenderung vollzogen. Die Illusion, durch Konzessionen Friedenssicherheit von Mussolini und Hitler erkaufen zu können, die 1933 bis 1936 den Diktaturen ihr Spiel so sehr erleichtert, ihnen die außenpolitischen Erfolge gebracht und die Verlängerung ihres Regimes gesichert haben, die sind in England und Frankreich gründlich verfliegen. Die englische Aufrüstung geht rasch voran — die Engländer denken sehr ernst daran, auch ihren »Fünfjahresplan« womöglich in drei Jahren zu beenden — und die Franzosen bemühen sich, nicht dahinter zurückzubleiben. Das militärische Kräfteverhältnis erfährt all-

mählich eine Verschiebung zugunsten der Westmächte. Nirgends ist schematisches Denken gefährlicher als auf dem Gebiet der Außenpolitik; war es vor dem Krieg richtig, im Wetttrüben der großen europäischen Machtstaaten mit ihren expansionistischen Tendenzen eine Kriegsursache zu sehen, so ist in der Gegenwart gerade das »Wetttrüben«, das heißt aber die ohnedies reichlich verspätete Gegenwehr der großen, den Frieden schützenden Demokratien die einzige Friedensgarantie, und dies in demselben Grade, in dem ihre ungleich stärkere ökonomische Situation ihnen gestattet wird, die Distanz gegenüber den Diktaturen zu vergrößern.

Zu dieser militärischen kommt die Aenderung der politischen Konstellation. Das englisch-französische Verhältnis ist durch das deutsch-italienische Vorgehen so eng geworden, daß es praktisch einem Bündnis gleichkommt. Dieses enge Einvernehmen der beiden großen Demokratien mit ihrer gemeinsamen gegen die Barbarei der Diktaturen gerichteten ideellen Grundlage übt ihrerseits auf die Vereinigten Staaten eine wachsende Anziehungskraft aus. Wieder erscheinen Engländer und Franzosen — und wahrlich nie mit größerem Recht — den Amerikanern als Vorkämpfer der Kultur und Freiheit gegen das Hunnentum des Nationalsozialismus und des mit ihm sich immer enger verbündenden Faschismus. Und diese Gefühle, denen Roosevelt wiederholt unmißverständlich Ausdruck

gegeben hat, haben ihre erste praktische Wirkung gezeigt bei der Neugestaltung des amerikanischen Neutralitätsgesetzes.

Die offizielle Politik der Vereinigten Staaten geht bekanntlich dahin, sich künftig aus jeder europäischen kriegerischen Verwicklung fernzuhalten, auf jeden Fall ihre Neutralität zu bewahren. Sie haben deshalb den alten, von ihnen lange zähe verfochtenen Grundsatz der »Freiheit der Meere« aufgegeben, demzufolge die amerikanischen Schiffe unbehindert die Meere befahren und mit kriegführenden Staaten Handel treiben konnten. Die im März in Kraft getretene Pitman-Bill verbietet Anleihen, Geld- oder Warenkredite an die Kriegführenden und die Ausfuhr von Kriegsmaterialien. Sie untersagt den amerikanischen Bürgern, auf Schiffen kriegführender Staaten zu reisen, ebenso wie die Bewaffnung amerikanischer Dampfer. Das Gesetz tritt automatisch in Kraft, sobald der Präsident feststellt, daß ein Krieg zwischen zwei oder mehreren Staaten ausgebrochen ist. Das Gesetz verhindert aber nicht den Verkauf amerikanischer Waren an Kriegführende gegen Barzahlung (cash) und bei Verfrachtung (carry) auf deren eigenen Schiffen. Dieser Grundsatz »cash and carry« ist aber in der Praxis eine wesentliche Hilfe für die Mächte, die die Seewege beherrschen, also für England. Zugleich beseitigt er die Schwierigkeiten und gefährlichen Konfliktsmöglichkeiten, die sich noch 1915 und 1916 zwischen England und den Vereinigten Staaten aus der An-

wendung des Blockaderechts ergeben hatten. Mit Recht meinte die »Frankfurter Zeitung«, daß das Gesetz in seiner Anwendung zu einer Begünstigung der zahlungskräftigen, eine große Handelsflotte besitzenden Mächte, also in erster Linie Englands, geworden sei. Man hat, konstatierte die »Frankfurter Zeitung« bedauernd, gegen das Gesetz den Vorwurf erhoben, es laufe in der Praxis auf eine englisch-amerikanische Allianz hinaus, und jedenfalls läge es ganz im Sinne jenes oft wiederholten Bekenntnisses führender amerikanischer und englischer Politiker, dessen Grundformel die Erhaltung des Weltfriedens von der Zusammenarbeit der großen westlichen Demokratien erwarten möchte. Der Verlauf des letzten Krieges hat aber gezeigt, wie mächtig die amerikanischen Volksströmungen werden können, wenn England und Frankreich durch den deutschen Angriff wirklich in Gefahr kommen können, und die Untaten von Guernica und Almeria haben diese Strömungen außerordentlich verstärkt.

Während Deutschland und Italien ihre krampfhaften Bemühungen um die Kleinstaat Mittel- und Südosteuropas fortsetzen, hat so England nicht nur die enge Zusammenarbeit mit Frankreich hergestellt, sondern auch den politischen Rückhalt an den Vereinigten Staaten gewonnen. Es ist jetzt aber im Begriff, die Frage zu beantworten, wie es die neu verstärkten politischen Beziehungen wirtschaftlich unterbauen kann; die Lösungsmöglichkeit ist eine der großen Probleme, die auf der in London stattfindenden Empire-Konferenz zur Beratung stehen.

Unter solchen Verhältnissen wird Krieg im Westen für die Diktatoren doch zu einem allzuernsten Abenteuer und dies um so mehr, da ihre Situation dann im Osten rasch gefährlich werden muß. So werden sie wohl versuchen, den Rückzug aus Spanien sich möglichst teuer abkaufen zu lassen, den letzten Moment zu neuen Erpressungen auszunützen, wenn sie schon den Raubmord nicht wagen können. Kein Zweifel, daß England an sich bereit wäre, den Zurückweichenden goldene Brücken zu bauen. Die Idee, den Diktatoren wirtschaftlich zu helfen, um sie politisch zu zähmen, ist noch immer nicht ganz tot. Aber eine solche Wirtschaftshilfe setzt voraus nicht nur den Rückzug aus Spanien, sondern die völlige Liquidierung ihrer Angriffspolitik. Und das widerspricht dem Wesen der Diktatur.

Dr. Richard Kern.

Der Beweis

Zweifelt etwa jemand daran, daß das deutsche Volk einig, zufrieden und begeistert hinter seinem großen Führer Adolf Hitler steht? Niemand wird das wagen nach dem überwältigenden »Treuebeweis«, den der Führer erst kürzlich wieder einmal — ganz ohne Wahl, Volksabstimmung oder dergl. — erhalten hat. In einer Naziversammlung in Stettin erklärte jedenfalls Herr Gauamtsleiter Ventzki das folgende:

»Die Verbundenheit unseres Volkes mit der Führung hat sich gerade kürzlich wieder ganz deutlich gezeigt an der Anteilnahme, die das gesamte Volk an dem Unglück des Luftschiffes »Hindenburg« genommen hat. Diese Anteilnahme ist der beste Treuebeweis« (Stettiner General-Anzeiger Nr. 139)

Ein Luftschiff explodiert, — übrigens: durch wessen Schuld? — eine Masse Menschen kommen ums Leben, die Nachricht von der Katastrophe weckt überall Erschütterungen und ... Und diese allgemeine Anteilnahme ist selbstverständlich der neueste und beste Beweis für die Popularität des Führers. Oder etwa nicht?

Sprengt die Predigt!

Unter der deutlichen Ueberschrift: »Auch in der Kirche protestieren« — berichtete die Naupresse:

»Gauleiter Wagner gab bekannt, daß es künftighin nicht geduldet werden könne, daß Beamte stillschweigend und ohne Protest Schmähungen des Nationalsozialismus in »Gottesdiensten« hinnehmen.«

Das ist eine Aufforderung, künftig jeden Gottesdienst zu sprengen, der nicht nach dem Geschmack des Hakenkreuzes ist und einen Gewissensdruck auf alle Beamten auszuüben, die noch der Kirche angehören.

Opel verdient

Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« schrieb vor einiger Zeit:

»Die Schulden der industriellen und gewerblichen Unternehmungen befinden sich in ständigem Rückgang, die stillen Reserven, die unbelasteten Eigenanlagen dagegen in ständiger Ausdehnung; die Fähigkeit, sich selbst zu finanzieren oder in andere Kapitalanlagen zu geben, wird immer größer. Es ist deshalb heute schon sehr die Frage, ob die Geldkapitalbildung der Wirtschaft nicht das erforderliche Maß bereits überschritten hat.«

Daß dieser Feststellung die Zustimmung nicht zu versagen ist, zeigt z. B. die Jahresbilanz der Autofirma Adam Opel A. G. für 1936. Allerdings ist die Dividende sehr »bescheiden«. Sie ist mit 6 Prozent und einem Betrag von 3,6 Millionen nicht höher als die von 1935. Allerdings ist 1935 seit vielen Jahren zum ersten Male überhaupt ein Bilanzgewinn gezeigt worden. Noch das Jahr 1933, also das erste Hitlerjahr, ergab einen Verlust von mehr als 11 Millionen, also von fast 20 Prozent des 60 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals. Die Dividende ist aber nur ein kleiner Teil des von der Firma selbst ausgewiesenen Jahresgewinnes, weil dessen weitaus größerer Teil zur Reservenbildung, also zur Vermehrung des Eigenkapitals verwendet wird. Dieser bilanzmäßige Jahresgewinn beläuft sich auf 19,9 Millionen, also ein Drittel des Aktienkapitals. Die Firma Opel ist aber in bezug auf den zur Schau gestellten Gewinn sehr zurückhaltend, denn bei einer Zunahme der produzierten Waren um 18 Prozent war der bilanzmäßige Jahresgewinn nur von 19,8 auf 19,9 Millionen gestiegen, demnach um nur etwas mehr als ½ Prozent. Es gibt aber einen einigermaßen zuverlässigen Gradmesser für die wirkliche Gewinnsteigerung, das sind die Besitzsteuern, denn man kann wohl nicht annehmen, daß ein Unternehmen, selbst im Dritten Reich, mehr Steuern entrichtet, als es unbedingt muß. Die Ausgaben für Steuern betragen 1933 900.000 Mark, 1935 das Zehnfache, 9,3 Millionen, und 1936 11,7 Millionen. Das ist im letzten Jahr eine Steigerung um 26 Prozent, nicht um ½ Prozent. Die Firma hat also die Zunahme ihres Jahresgewinns selbst um das Zehnfache höher eingeschätzt, als sie in ihrer Bilanz ausgewiesen hat.

Die Abschreibungen, die Opel sich aus seinen riesigen Ueberschüssen leisten kann, sind Ueberabschreibungen, also eigentlich Reserven, die Reserven keine echten Reserven, sondern versteckte Gewinne. Reserven und Abschreibungen zusammen sind von 29 Millionen 1933 auf 60 1935 und 83 Millionen im Jahre 1936 gestiegen, also auf einen Betrag, der das Aktienkapital um 23 Millio-

nen, also um mehr als ein Viertel übersteigt. Das Eigenkapital von 1936 beträgt demnach nicht 60, sondern 140 Millionen gegen 89 Millionen 1933.

Diese riesigen Abschreibungen zeigen, daß der weitaus größte Teil der umfangreichen Neuanlagen aus laufenden Ueberschüssen bestritten werden konnte. Trotzdem konnten ungeheure Barmittel aufgeschätzt werden. Allein die baren oder in bar umwandelbaren Vermögensteile, Vorräte, Forderungen, Wechsel, Bankguthaben, beliefen sich auf 87 Millionen bei einer Verschuldung von 28 Millionen, wovon 8 Millionen langfristige Anleihen sind. Allein die Bankguthaben haben die ansehnliche Höhe von 33 Millionen, mehr als die Hälfte des Aktienkapitals ist also in bar angelegt und kann, wie der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« das ausdrückt, »in andere Kapitalanlagen gehen«, weil der Ueberschuß die für die Betriebszwecke erforderlichen Mittel ungeheuer übersteigt.

Wie steht es mit der Belegschaft? Zwar hat die Firma einen Betrag von 3,7 Millionen, also ebensoviel, wie die Dividende ausmacht, für eine Wohlfahrts- und Jubiläumerrücklage bestimmt, womit das diesjährige 75jährige Bestehen der Firma gefeiert werden soll. Aber abgesehen davon, daß Opel diese Rücklagen wie jede andere nach ihrem Belieben verwenden kann, ist damit nur ein sehr geringfügiger Teil dessen gestiftet, was an der Gefolgschaft verdient worden ist. Die Zahl der »Gefolgschaftsmitglieder« war 1934 13.000, 1936 20.360, das ist also eine Zunahme um fast 60 Prozent. Zur gleichen Zeit war die Summe der Löhne und Gehälter gestiegen von 39,8 auf 54,7 Millionen, also um nur 37 Prozent. Eine Division der Belegschaftsziffer in die Lohn- und Gehaltssumme ergibt, daß das Durchschnittseinkommen des Belegschaftsmitgliedes betragen hatte 1934 3068, 1935 2715, 1936 2689 Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den angegebenen Summen auch die Gehälter der leitenden Angestellten enthalten sind. Seit 1934 hatte der ausgewiesene Jahresgewinn, ganz zu schweigen von dem wirklichen, von 13,4 auf 19,9 Millionen zugenommen, also um fast 50 Prozent. Zur gleichen Zeit war das Durchschnittseinkommen der Gefolgschaft nicht nur nicht gestiegen, sondern gesunken. Die Zerschlagung der Gewerkschaften macht sich also für die Firma Opel, die eine Zweigstelle der amerikanischen General Motors ist, gut bezahlt, denn sie gibt ihr die Möglichkeit, die Aufrüstungsgewinne ganz für sich zu behalten und die Belegschaft nur durch Mitarbeit daran teilnehmen zu lassen. G. A. F.

Was der amtlichen Statistik verboten ist

Der deutsche Lebenshaltungsindex unter Zensur — Eine verbotene Abhandlung aus den Vierteljahrsheften

Im III. Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches 1936 wollte das Statistische Reichsamt eine Abhandlung »Zur Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten« veröffentlichen. Die Abhandlung lag bereits in den Korrekturabzügen vor, als die Zensur eingriff und das Erscheinen untersagte. Diese Abhandlung befindet sich in unseren Händen.

Der Inhalt dieser verbotenen Abhandlung ist keineswegs sensationell. Sie bemüht sich, den amtlichen Index gegen die verschiedenen von Verbraucherseite geäußerten Zweifel an seiner Zuverlässigkeit zu verteidigen. Es werden keine Zahlen mitgeteilt, die nicht ohnehin bekannt wären. Die Ursache des Verbots ist offenbar in der Art der Argumentation zu suchen, die indirekt bestimmte Dinge zugibt oder versteckt auf sie hinweist, die — obwohl gleichfalls nicht unbekannt — doch noch nirgends amtlich zugegeben worden sind. Das zeigt sich erst bei einer genaueren Analyse der Abhandlung und bei der Gegenüberstellung mit einem Artikel über dasselbe Thema in dem Wochenbericht Nr. 18 (vom 5. Mai 1937) des Instituts für Konjunkturforschung: »Die Entwicklung der Einzelhandelspreise und der Lebenshaltungskosten.«

Der verbotene Aufsatz der Vierteljahrshefte begann mit einer Vorbemerkung, in der es hieß:

»Seit dem Frühjahr 1933 haben sich mit der Überwindung der Wirtschaftskrise die Preise für eine Anzahl von Lebensbedürfnissen erhöht. Gleichzeitig haben sich auch die Einkommensverhältnisse zum größten Teil gebessert. Doch war die Erhöhung der Einkommen sehr viel weniger einheitlich als die Erhöhung der Preise. (Unterstreichungen von uns. Red.) So ist vor allem das Einkommen der großen Zahl der vor drei Jahren Arbeitslosen und der Ertrag der vielen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe, die damals am Boden lagen, gestiegen. Auch das Einkommen von Arbeitern und Angestellten, die nicht von der Arbeitslosigkeit betroffen worden waren, hat sich vielfach durch Uebergang in besser bezahlte Stellen, durch Erhöhung der Arbeitszeit, durch Vermehrung der Akkordarbeit, durch Gewährung von Zuschlägen verschiedenster Art und durch Gewährung von bezahltem Urlaub gehoben. Bei den im allgemeinen unveränderten Lohn- und Gehaltstarifen waren diese Aufbesserungen für die Lebenshaltung meist nicht so ausschlaggebend wie der Uebergang von der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung zum Einkommen aus eigener Arbeit.«

In diesem Teil der Vorbemerkung ist indirekt ausgesprochen, daß Verbesserungen des Einkommens bei den Lohn- und Gehaltsempfängern ausschließlich erreicht worden sind durch erhöhte Leistungen, sei es in der Form des Aufstiegs in besser bezahlte Stellen — was ja normalerweise und so weit es sich nicht um die neugeschaffene Bonzokratie handelt ebenfalls vermehrte Anstrengung und erhöhten Aufwand bedeutet —, sei es in der Form der Arbeitszeitverlängerung oder der Einführung von Akkordarbeit oder schließlich in der Form des Uebergangs vom Unterstützungsbezug zur Lohnarbeit. In der Tat dürfte das Arbeitseinkommen im ganzen gestiegen sein, obgleich die Löhne gesunken sind. Der scheinbare Widerspruch klärt sich dadurch auf, daß zwar die Akkord- und Stundenverdienste in der Regel niedriger sind als vor dem Umsturz, daß aber mehr und länger gearbeitet werden muß, und zwar so viel mehr, daß das Lohn Einkommen höher ist als 1932. (Eine Ausnahme machen natürlich die Fälle von Kurzarbeit, die allerdings in der letzten Zeit infolge des Rohstoffmangels ständig zunehmen.)

Jede erhöhte Arbeitsleistung führt auch zu einer größeren oder geringeren qualitativen oder quantitativen Umstellung im Verbrauch, vor allem an Nahrungsmitteln und Kleidung. Diese Feststellung ist wichtig für die weitere Analyse der Untersuchung der Vierteljahrshefte. Bemerkenswert ist, daß in dem Aufsatz des »Wochenberichts« jeder Hinweis auf die Veränderungen in den Einkommensverhältnissen fehlt.

Interessant an der Vorbemerkung der verbotenen Abhandlung ist weiter der folgende Satz, der unmittelbar an den oben zitierten Abschnitt anschließt:

»Schließlich haben alle Schichten der Bevölkerung durch Beiträge zu den Organisationen und durch Spenden zur Durchführung von Gemeinschaftsleistungen bei-

getragen, die dem einzelnen teils mittelbar, teils unmittelbar wieder zugute gekommen sind. Vor allem ist hierdurch die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung auf manchen Gebieten gehoben worden. Daneben sind große Gemeinschaftsaufgaben durchgeführt oder in Angriff genommen worden, die auf lange Sicht die Lebenshaltung des ganzen Volkes heben sollen, ohne daß gleichzeitig die Steuern und Abgaben erhöht worden sind.

Hier wird das Kunststück fertig gebracht, die Abgaben- und Spendenplage in Deutschland in eine Art unsichtbare Einkommenserhöhung umzuwandeln. Dabei ist die Abgaben- und Spendenwirtschaft eine besondere unsoziale Form der Besteuerung, die auf die Leistungsfähigkeit der Belasteten keine Rücksicht nimmt und die breiten Massen weit härter trifft als die wohlhabenden Schichten. Die Absicht, die das Statistische Reichsamt mit seinem Argument verfolgt, ist offensichtlich: Jene Momente, die den stärksten Anlaß zur Kritik des amtlichen Lebenshaltungsindex bieten, sollen von vornherein aus der Diskussion ausgeschlossen werden.

Offen ist dagegen der beschlagnahmte Aufsatz in der Angabe der Ursachen für die seit 1933 eingetretenen Preiserhöhungen. Er führt als Ursachen an:

1. Die gewollte Beseitigung des krisenhaften Preisliefstandes auf einzelnen Gebieten der Wirtschaft, vor allem in der Landwirtschaft, um die Betriebe wieder arbeitsfähig zu machen.
2. den zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit Erzeugung heimischer Erzeugnisse, die zunächst zum Teil noch teurer sind als die Einfuhrwaren.
3. die Erhöhung der unserem Einfluß nicht unterliegenden Weltmarktpreise für Einfuhrrohstoffe.

Demgegenüber beschränkt sich das Institut für Konjunkturforschung in seinem Wochenbericht Nr. 18 auf folgende Feststellungen:

»Für die Preisbewegung seit dem Frühjahr 1933 ist eine Aufspaltung des Preisgefüges in zwei große Gruppen kennzeichnend: die eine Gruppe umfaßt alle Waren, deren Rohstoffe zu einem wesentlichen Teil eingeführt werden müssen, oder deren Erzeugung noch nicht in ausreichendem Umfang im Inland erfolgt; zur zweiten Gruppe gehören dagegen alle anderen Waren, die in ausreichendem Umfang aus inländischen Rohstoffen gewonnen werden. Die Preise der ersten Warengruppe sind seit 1933 stärker gestiegen, während die der zweiten zum Teil weiter zurück gegangen, zum Teil nur wenig gestiegen sind.«

Das Institut für Konjunkturforschung unterschlägt also, gewitzigt durch die Erfahrung des Kollegen von den Vierteljahrsheften, jene Preissteigerungsursachen, die in der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches liegen.

Nach den obigen Vorbemerkungen setzt sich der beschlagnahmte Artikel mit dem Urteil des Verbrauchers über die Preisentwicklung auseinander:

»Zunächst beachtet der Verbraucher die Preiserhöhungen viel stärker, als etwa gleichzeitig auftretende Preisermäßigungen. Er übersieht fast immer, daß der größte Teil der Preise in den letzten Jahren unverändert geblieben ist, daß sich die Preisermäßigung einzelner Waren in den Gesamtkosten der Lebenshaltungskosten aber nur in einem Bruchteil auswirken können. Ferner macht er sich von dem Anteil, der auf die Ausgaben für eine bestimmte Ware entfällt, meist eine übertriebene Vorstellung, so daß er geneigt ist, vereinzelte Preissteigerungen stark zu verallgemeinern. Schließlich ist der Verbraucher fast durchwegs nicht in der Lage zu beurteilen, um wieviel der Preis einer Ware etwa während der letzten drei Jahre wirklich gestiegen ist, weil er keine Aufzeichnungen über die früher gezahlten Preise besitzt... Der Standpunkt des Verbrauchers wird meist weitgehend durch das Urteil der Hausfrau bestimmt. Die Hausfrau beurteilt die Kaufkraft des Einkommens zunächst nach der Kaufkraft des Wirtschaftsgeldes. Dieses macht jedoch nur einen Teil des Nettoeinkommens (d. i. Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung), das der Indexberechnung zugrunde gelegt wird, aus... Man kann ungefähr schätzen, daß die der Hausfrau zur Verfügung stehenden Mittel beim einfachen Haushalt 50 bis 60 Prozent des Nettoeinkommens ausmachen. Insgesamt verteilen sich die Ausgaben wie folgt:

1. Fester Ausgabenteil (Miete, Heizung, Beleuchtung, Zeitung, Fahrgeld)	25%
2. Freier Ausgabenteil	
a) für den laufenden Bedarf (Wirtschaftsgeld)	55%
b) für Anschaffungen (Hausrat, Kleidung u. ä.)	14%
c) für Sonstiges (Unterhaltung u. a., Kulturausgaben)	6%

Nun sind in den letzten Jahren die Preise für den freien Ausgabenteil erheblich stärker gestiegen, als die für den festen Teil der Ausgaben. Die Preisveränderung von Mitte 1933 bis 1936 beträgt nach der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten

für den laufenden Bedarf (Wirtschaftsgeld)	9%
die festen Ausgaben	0%
Anschaffungen	11%
sonstigen Bedarf	0%

Im Durchschnitt sind die Ausgaben, die gewöhnlich nicht aus dem Wirtschaftsgeld bestritten werden, um 3,4% gestiegen. Die Ausgabensteigerung für den laufenden Bedarf ist also fast dreimal so hoch wie die für die übrigen Ausgabenteile.

Im Haushalt wird aber die Steigerung der laufenden Ausgaben um so härter empfunden, als diese Ausgaben im allgemeinen nicht ohne weiteres eingeschränkt werden können. In den meisten Fällen hat daher in den letzten Jahren der Anteil des Wirtschaftsgeldes an den Gesamtausgaben zugenommen. Soweit die Löhne gleich geblieben sind, mußten dementsprechend die Ausgaben für Anschaffungen eingeschränkt werden. Solche Umstellungen machen sich in der ganzen Haushaltsführung natürlich stark bemerkbar, stärker als eine nichterne Zahl, die eine Verschiebung um einige Hundertteile anzeigen kann, überhaupt ausdrücken kann.

Der Eindruck, daß das Ergebnis der Indexberechnung mit den tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch stehe, entsteht häufig auch dadurch, daß die Steigerung der Ausgaben für den laufenden Haushaltsbedarf mit der Steigerung für die gesamte Lebenshaltung verwechselt wird.

In diesem Abschnitt über das Urteil des Verbrauchers wird geflissentlich unterschlagen, daß das Nettoeinkommen — im Gegensatz zum Bruttoeinkommen — infolge der hohen Belastung durch Spenden und Abzüge heute in den meisten Fällen niedriger ist als vor dem Umsturz. Damit verschiebt sich das ganze Bild. Der Teil, der für die verschiedenen Zwangsspenden und -Abgaben mehr ausgegeben wird, muß an den beweglichen Posten der Lebenshaltungskosten, das sind Anschaffungen und Wirtschaftsgeld, eingespart werden. Gerade bei diesen Posten sind aber die Preissteigerungen besonders groß, wie der Verfasser des beschlagnahmten Artikels selbst ausführt, so daß sich notwendigerweise eine weitere Verschiebung ergibt: statt der besseren müssen schlechtere Qualitäten gekauft werden.

In der beschlagnahmten Abhandlung wird aber auch angedeutet, daß durch Verschlechterung der Qualitäten bei gleichbleibenden Preisen eine indirekte Preissteigerung eingetreten ist. (Sie war vor allem in den letzten Monaten seit dem Erlaß der Preistop-Verordnung sehr stark.) Außerdem kommt aber noch hinzu — und darauf geht die Abhandlung bezeichnenderweise nicht ein — daß ein wesentlicher Faktor der Preissteigerung sich aus dem Schleichhandel ergibt, der nach wie vor blüht. Von der Existenz dieses Schleichhandels und seinen Ueberpreisen nimmt aber die amtliche Indexberechnung nach wie vor keine Notiz, sondern richtet sich noch immer ausschließlich nach den amtlichen Marktpreisen.

Im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung werden alle in dem beschlagnahmten Aufsatz aufgeführten Gesichtspunkte übergangen bis auf die Frage der Qualitätsverschlechterung. Darüber heißt es dort:

»Unter den vielen Einwänden gegen das Bild der Preisbewegung, wie es die Indexziffer der Lebenshaltungskosten darstellen, nimmt der der »unsichtbaren« Preiserhöhungen eine besondere Stellung ein. Man versteht darunter alle die Veränderungen in den Preisen, die statistisch nicht erfaßt werden können... die aber trotzdem eine große Rolle für den Verbraucher spielen: so z. B. Qualitätsverschlechterungen, Wegfall von Rabatten, Verminderung in der Anzahl der Sorten einer Warenart, Aenderung der Kaufbedingungen.

Zum Teil handelt es sich bei diesen Veränderungen um eine notwendige Beseitigung von »Krisenresten«; so z. B. Wegfall gewisser Rabatte, Einschränkungen des Kundenkredits, Abschaffung der »Anreiser«, also der Schleuderware. Diese Krisenreste... mußten nicht nur im Interesse des Einzelhandels, sondern auch der Verbraucher beseitigt werden...«

Ob Krisenerscheinungen oder nicht, jedenfalls handelt es sich bei der Beseitigung der Rabatte u. ä. um Verteuerungen, die für den Verbraucher z. T. recht fühlbar sind.

Schließlich wird in dem beschlagnahmten Artikel noch die Frage aufgeworfen: Kann

die Veränderung der Lebenshaltungskosten gemessen werden? Darüber heißt es:

»Weniger eindeutig ist die Frage zu beantworten, ob für einen Vergleich auch eine gleichartige Zusammensetzung des Verbrauchs z. B. der Nahrungsmittel notwendig ist oder ob nicht besser die zu den beiden Zeitpunkten tatsächlich gemachten Ausgaben für die Ernährung miteinander verglichen werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß bei dem letzten Verfahren zwei Dinge leicht miteinander vermischt werden können, nämlich einmal die reine Preisveränderung für Waren gleicher Art und Güte und zum anderen die Veränderungen in der Bedarfsdeckung selbst. Diese können auf Verschiebungen in der Auswahl der verbrauchten Waren, sowie auch in der Erhöhung und Verminderung der verbrauchten Mengen beruhen. Veränderungen in der Art, Qualität und Menge der verbrauchten Waren können zwar durch Veränderungen der Preise hervorgerufen werden, doch spiegelt sich in ihnen meist nicht die Veränderung der Lebenshaltungskosten, sondern die Veränderung der Lebenshaltung selbst.

Die Frage aber, wie sich die Lebenshaltung eines Volkes oder einer Bevölkerungsschicht verändert, ist mit der Statistik allein nicht zu beantworten. Die Lebenshaltung als Ausdruck der Produktivität der nationalen Arbeit ist eine so verschiedenartig zusammengesetzte Größe, daß sie nicht in Zahlen, geschweige denn in einer einzigen Zahl ausgedrückt werden könnte. Auch durch den Vergleich der Einkommens- und Preisentwicklung, also die Darstellung der Kaufkraftentwicklung des Nominal Einkommens, kann die Frage der Entwicklung der Lebenshaltung nicht beantwortet werden. Dies um so weniger, je mehr der Bedarf des einzelnen durch Gemeinschaftsleistungen befriedigt wird. Gerade in dieser Richtung hat Deutschland in den letzten Jahren aber mit dem Ziel auf Hebung des Lebensstandards einen großen Schritt vorwärts getan.

Wenn sich im Zuge dieser Entwicklung der Verbrauch ausweitet, wenn an Stelle individueller Bedarfsdeckung eine stärkere »organisierte« Bedarfsbefriedigung tritt, so sind die Veränderungen der »Kosten« dieses Verbrauchs nicht mehr zu messen. Einmal fehlt es für neuartige Leistungen (z. B. den Betrieben in der Freizeitgestaltung, in der Wohlfahrtspflege) an Vergleichsmöglichkeiten zu früheren Zeiten, und außerdem sind die Preise oder Kosten dieser Gemeinschaftsleistungen im einzelnen überhaupt nicht zu ermitteln. Da aber diese Leistungen ebenso wie die des Staates heute einen erheblichen Teil der Lebenshaltung der Bevölkerung ausmachen, hätte es gar keinen Sinn, die Kosten der gesamten Lebenshaltung, mit anderen Worten die Kosten des Lebens überhaupt, messen zu wollen.

Meßbar ist vielmehr nur ein Teil der Lebenshaltungskosten, nämlich derjenige, der aus dem Nettolohn des Arbeitnehmers bestritten werden muß. Das mögen heute etwa vier Fünftel der Gesamtlebenshaltung sein. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten gibt also nur die Veränderungen der Kosten des Lebensbedarfes wieder, soweit der Bedarf individuell gedeckt wird.

Diese Kosten können nur an den Preisen von Waren und Leistungen, die der Verbraucher im allgemeinen zu kaufen pflegt, unter Berücksichtigung der Wichtigkeit, die die einzelnen Waren für den Verbrauch haben, gemessen werden...«

Mit diesen Ausführungen ist die eigentliche Frage nicht beantwortet worden. Vergleicht man die Lebenshaltungskosten unter Zugrundelegung gleicher Qualitäten, so muß man Qualitätsverminderungen einkalkulieren. Je größer die zeitliche Entfernung zwischen zwei Vergleichsterminen wird, um so größer werden aber auch die Veränderungen in der Lebenshaltung selbst. Ein Index, der dazu dienen soll, den wirklichen Wert der gezahlten Löhne ermitteln zu helfen, muß die Kosten des Lebens ermitteln und diese zu verschiedenen Terminen in Vergleich setzen. Und gerade das ist der Punkt, an dem vor allem die Kritik an der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten einsetzt: daß sie nicht mehr die heutigen Kosten des Lebens richtig widerspiegelt. Daß hier der wunde Punkt der deutschen Lebenshaltungsstatistik liegt, kommt in dem beschlagnahmten Artikel indirekt, vor allem in der Unklarheit der Argumentation zum Ausdruck. Wir glauben, daß darin auch der Grund zum Verbot des Artikels liegt; die Diktatur will nicht, daß derartige Fragen in Deutschland diskutiert werden. Dieser Vorgang beweist, was man von der amtlichen deutschen Statistik zu halten hat. Sie darf die Wahrheit nicht einmal andeuten, sondern hat nur mitzuteilen, was dem Propagandaministerium paßt.

Fassade ohne Volk

Die NSDAP befiehlt Illumination

Wir erfahren aus Bayern:

Für die Kreisstagung in Rosenheim, die vom 5 bis 9. Mai stattfand, wurde von der NSDAP angeordnet, daß die Beflaggung und festliche Ausstattung der Häuser in einem Umfang betrieben werden müsse, die bisher noch nicht gekannt war. Niemand dachte, daß eine Steigerung der bisherigen Dekoration möglich sei. Noch zu Anfang des Regimes hat man sich mit einer einfachen Aufforderung in der Zeitung und mit einer wirkungsvollen Propaganda für die Beflaggung begnügt. Heute würden diese Mittel nicht mehr ausreichen, um die Bevölkerung zur Ausschmückung ihrer Häuser zu bewegen. Man muß auch hier die stärksten Druckmittel anwenden um sein Ziel zu erreichen. Alles ist militärisch organisiert worden und keiner kann sich mehr entziehen, genau wie beim Steuerzahlen.

Die Partei hatte für den Kreisstag angeordnet, daß alle Einwohner bei ihrem zuständigen Blockwarte die Illuminationslampen und Fensterfähnchen bestellen müssen. Die Blockwarte hatten den Auftrag, jeder Mietpartei zu erklären, daß die Schmückung einheitlich durchzuführen sei. An jedem Fenster in jeder Wohnung und wenn sie im hintersten Winkel einer Gasse gelegen ist, mußten 4 Lampen zu je 5 Pfennig und 2 Fähnchen zu je 30 Pfennig angebracht werden, so daß der gesamte Schmuck für ein Fenster auf 80 Pfennige zu stehen kam. Die Blockwarte gingen mit den vorgedruckten Bestellzetteln (siehe Anlage) zu jeder Hauspartei, um die Bestellungen aufzunehmen. Man kann sich vorstellen, daß sie von den Hausfrauen nicht freundlich empfangen wurden. Als Entschuldigung wußten sie nur anzuführen, daß diese Anschaffung nur eine einmalige sei, weil sie zu kommenden Festen wieder verwendet werden kann. Den Rentnern und Arbeitslosen, die die Bezahlung verweigerten, wurde die Stundung der Beträge in Aussicht gestellt. Wer keinen Fensterschmuck bestellte, mußte rückwärts auf dem Bestellzettel den Grund dafür angeben. Wer konnte wagen als einzelner sich auszuschließen. Wenn jemand dennoch die Absicht hatte auf der Rückseite eine Entschuldigung zu schreiben, wurde ihm erklärt, daß er der einzige sei, der sich ausschließt. Personen, die nicht anwesend waren, mußten dem Hauswart ihre Wohnungsschlüssel überlassen, damit er für die Beflaggung und Beleuchtung der Fenster sorgen konnte.

Am Samstag abend war die ganze Stadt festlich erleuchtet. Es war ein Bild wie man es nie gesehen hat. Das Auge des Beschauers mußte staunen über eine solche Organisation. Aber die Wirkung, die damit erzielt werden sollte, nämlich das Volk in Begeisterung zu versetzen, ist nicht eingetreten.

Das Gegenteil war der Fall. Die Rosenheimer, bei denen das brutale Vorgehen der Parteilisten heftigen Unwillen hervorgerufen hatte, so daß man am Tage vorher kaum ein Geschäft betreten konnte ohne nicht in eine Diskussion über diese Zustände verwickelt zu werden, haben sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, was sie über den Cäsarenwahnsinn dieser Gruppe von Narren denken. Die Bevölkerung hat sich an den Veranstaltungen des Abends nicht beteiligt, Begeisterungstimmung war nirgends zu spüren und auch in der Markthalle, wo eine Kundgebung stattfand, an der sich die Gliederungen der Partei beteiligten, kam keine Stimmung auf. Rosenheim hat das Kreisfest nicht mitgefeiert, das Volk stand sichtlich abseits.

Am Sonntag, als die Teilnehmer des Kreisfestes, die aus 3 Kreisen mit Sonderzügen

und Omnibussen zusammengezogen wurden, mit viel Lärm die Straßen der Stadt füllten, sah man nur wenige Zuschauer und die Fenster waren meist zu und unbesetzt. Am Max-Josefplatz waren an einer Front von 37 Fenstern nur 4 geöffnet. Die Hitlerjugend, die man spallerbildend aufgestellt hatte, schrie vorschrittartig ihr »Heil«, an dem sich die Straßenpassanten kaum beteiligten.

Auf der Festwiese waren die Rosenheimer Parteigliederungen mit den auswärtigen Festteilnehmern versammelt. Sie bildeten eine stattliche Zahl, aber das Volk fehlte. Das zeigte sich besonders an dem starken Ausflugsverkehr, der an diesem Sonntag, am Rosenheimer Bahnhof zu beobachten war. Nur weg von diesem Rummel! Ganze Radkarawanen, die zum Simsee fuhren, konnte man Sonntag morgens beobachten.

Das plombierte Massengrab

Wie Herr „Reichsminister“ Frick den Heldentod suchte und nicht fand

Eine Biographie des Reichsinnenministers Dr. Frick, des bewährten »alten Kämpfers« Hitlers, Münchener Paßfälschers und ansonsten einzigen Persönlichkeit in der nächsten Umgebung des »Führers«, deren Lebensweg nicht über einige weitere dicke Fragezeichen des zivilen Leumundes geht, leistet sich das neueste Heft des »Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie« unter der Überschrift: »Dr. Wilhelm Frick sechzig Jahre alt — Ein Beitrag zu seinem Lebensbilde«. Dieses Lebensbild dürfte bei den engen »weltanschaulichen« Beziehungen zwischen dem Herausgeber der Zeitschrift und den Rassen-Monomanen des engeren Führerkreises der Nazis, zu denen auch eben Herr Frick gehört, ganz authentisch, vielleicht sogar nicht ohne persönliche Mitwirkung des Verherrlichten selbst entstanden sein. Herr Frick hat ihm eine Photographie beigelegt, auf der man ihn im heldischen Kostüm eines »politischen Soldaten« mit Orden, Bändern und Sternen sieht — ein wahrhaft soldatisch-erhebender Farben- und Linienkomplex von gestrafter, uniformierter Männlichkeit!

Frellich leidet dieser martialische Gesamteindruck vom »Lebensbilde« ein wenig, wenn man an die folgende Stelle kommt (wir zitieren aus der Biographie des ehemaligen Pfälzer Lehrersohnes wörtlich:

»In diese Zeit der Verwaltungstätigkeit in Pirmasens fiel der Ausbruch des Weltkrieges. Frick war damals 38 Jahre alt; es gelang ihm aber nicht, weil er ein ausgemusterter Ungedienter war, zur Front einbezogen zu werden, obwohl er sich mehrfach als Freiwilliger dazu meldete. Er wurde dazu befohlen, die Verwaltung des Bezirks-

amtes, dessen andere leitende Beamte an die Front gingen, allein weiter zu führen, so daß die Verantwortung für das zurückgebliebene Volk und seine Führung durch die Not, besonders die Lebensmittelversorgung, schwer auf ihm lastete, aber auch mit hinreichender Energie getragen wurde.«

Jeder Deutscher — es sei denn, er habe damals noch in den nassen Windeln gelegen und sei dadurch zum künftigen SS-Sturmbannführer bereits ausersehen gewesen — wird noch sehr klare Vorstellung von dem haben, was bei Ausbruch des Krieges wirklich war. Ein so kräftiger, wenn auch »ungedienter« Achtunddreißigjähriger, der wirklich ernstlich darauf bestanden hätte, Kriegsfreiwilliger zu werden, und trotzdem nicht genommen worden wäre —? Da hätte wohl nicht einer von den Bezirksfeldwebeln, der das wirklich erlebt hätte, den Schlag überdauert, den er bei Bekanntwerden dieses unerhörten Geschehnisses erlitten hätte! So etwas muß der Herr »Reichsminister« in heutiger Kämpfer-Positur im »Bund deutscher Mädele« oder vor den ganz kleinen Hitlerpimpfen erzählen; er soll aber keine Erwachsene damit behelligen!

Hier ist ein klassischer Fall, wie in Hitlerdeutschland Heldengeschichte gemacht wird! Herr Frick kann es zudem offenbar nicht verschmerzen, daß ihm einmal in öffentlicher Reichstagsitzung, als er so freigebig von »marxistischen Desertoren und Landesverrätern« sprach, von einem wirklichen ehemaligen Frontsoldaten, einem Berliner Sozialdemokraten, gut deutsch, aber auch gut soldatisch, schlicht und korrekt gesagt wurde, er habe sich »damals in Pirmasens doch

nur den A... gewärmt!« Besagten reichsministeriellen Körperteil nachträglich zu dekorieren muß wohl leider immer ein Versuch am untauglichen Objekt bleiben.

Felddienstordnung des Terrors

Wie weit hat die Hitlererei das deutsche Volk hinter sich?

Die ekelhaften Ausbrüche des »Kulturkampfes«, den die Nazis des Dritten Reiches entfesselt haben, folgen sich in so phantastischen Formen, daß es dem Außenstehenden völlig unmöglich wird, auch nur die Gesamtausbeute eines einzigen Tages an wüsten Reden, verlogenen Prozessen, wilden Gestapo-Aktionen der Gewalthaber zu registrieren. Aus dem widerlichen Greuel-Topf sei hier nur ein besonderer »Kulturkampf«-Bissen herausgefischt, weil er so ganz beweiskräftig für das allgemeine Phänomen Hitler — und durchaus nicht nur auf diesem kirchlichen Gebiet — ist!

Die Wiener Korrespondenz »Austria« berichtete dieser Tage, daß ein zur Zeit in Bocholt in Westfalen »dienender« österreichischer »Legionär« einen Brief an Verwandte in Kärnten gerichtet habe, der folgende Stelle enthält:

»Vor kurzem war der Bischof von Münster hier in Bocholt zur Firmung, mußte aber durch uns Oesterreicher eine saubere Abfuhr erleiden, so daß er unter Polizeiaufsicht aus der Stadt geleistet werden mußte. Natürlich großer Krach bei der Bevölkerung! Für diese schwarzen Brüder gibt es aber kein anderes Mittel, als mit ihnen radikal umzugehen und sie mürbe zu machen.«

Hier ist ganz offensichtlich, wie eine landfremde Bande von auf den Mann trainierten Berufsverbrechern — hier »Legionäre«, dort »SS-Verwendungstruppe« oder »Leibwache« — Terrorakte begeht, weil sie sich jenseits jedes Gesetzes und jeder geordneten Gewalt fühlen darf und von keinem Polizisten oder gar Richter behelligt werden dürfte. Sie führt ihre Terroraktionen — heute gegen »Schwarze«, morgen gegen »Juden«, übermorgen gegen »Marxisten« oder »Monarchisten« — kaltblütig und auf wohlgesetztes Kommando von oben her völlig außerhalb des wirklichen Volkswillens, ja gegen ihn, sie stellt eine einzige Besatzungstruppe für Totschlag, Mord und Raub in Deutschland dar — und zwar zur ausdrücklichen Disposition einiger zwei- oder auch dreihundert höchster brauner »Amtswalter«!

Bocholt ist ganz und gar eine Bergarbeitertstadt, die früher enorme kommunistische Wählerziffern aufwies. Wenn trotzdem die »Bevölkerung« Krach gemacht hat, wie dieser braune Gangster aus Oesterreich zugibt, — und zwar bei einem Vorgang, der einen kirchlichen Würdenträger betraf — so kann man sich vorstellen, in welcher Ueberreizung sonst wohl noch sich das Regime und seine Barbarei mit dem echten Volksempfinden befindet!

Selbstanklage

»Ein junger Beamter, der nicht bald nach bestandener Prüfung heiratet, ist nicht wert, in die Beamtenlaufbahn des nationalsozialistischen Staates endgültig übernommen zu werden.«

Staatssekretär Reinhardt auf der Tagung der Kinderreichen in Frankfurt.

Weh mir!

Ich bin nicht wert, Postsupernumerar zu heißen.

Ich habe meine Minnedienstplicht nicht erfüllt und zähl zum Abhub, den die Hunde beißen. Ich hab zu Haus die Spiegel zugehüllt.

Weh mir!

Anwärter Gika, mein Konkurrent, hat schon zwei Gören.

das erste blöd, das zweite ganz patent, und nächstens, sagt er, wird die Mutter ihn erheben.

Sie wird sein Weib, und er wird Assistent.

Weh mir!

Die Weiber stürzen unsern rein ins Verderben. Man sollte sie, wie Kongoneger tun, gleich franko Elternhaus vom Vater erben. Mich können sie nicht leiden. Und was nun?

Weh mir!

Ich frage mich, wo wird man mich noch dulden?

Nicht mal beim Straßenkehren. Niedre Laus! Du schloßest dich durch eigenes Verschulden postlagernd aus der Volksgemeinschaft aus.

Weh mir!

Zum Postbeamten taug ich nicht auf Erden. Ein Strick selbst ist zu schäd für meinen Hals. Was kann ich ohne Ehefrau schon werden? Reichskanzler — grad noch eben — allenfalls.

A. Lindhorst.

Banzai!

Raschlebig und unberechenbar ist unsere Zeit. Im russischen Pavillon auf der Pariser Weltausstellung hingen bei der Eröffnung Bilder von Leuten, die heute schon erschossen oder sonstwie erledigt sind. Im Dritten Reich weiß man nicht, wie man die Straßennamen gegen Reinigungen und Unfälle sichern soll. Einige Tafeln mußten bereits dreimal umgetauft werden. In der Außenpolitik ist nicht besser. Bleiben wir nur beim letzten Jahr. Als Mussolinis Soldaten gegen die Speere armer Abessinier losgelassen wurden, schmierte sie die faschistische Presse aller Länder zu gewaltigen Soldaten empor. Seit sie jedoch den spanischen Freiheitskämpfern gegenüberstehen, galten sie plötzlich wieder als die schlechtesten. Welcher Vorschußlober wurde den deutschen Soldaten noch vor einem Jahr gestiftet, heute weiß man, daß sie sich in Spanien oft weigerten, gegen russische Flieger aufzustehen. Mit um so größerer Bravour metzelten sie von oben Frauen und Kinder. Vor einem Jahre zog Hitler noch zur Rettung der spanischen Klöster, Mönche und Nonnen aus, heute ruft Göbbels die Welt gegen die »Verkommenheit des klerikalen Systems«, seiner Klöster und Sakristeien zu Hilfe. Vor einem halben Jahre gab es noch eine deutsch-polnische Kulturwoche, heute läßt Hitler längs der Ostgrenze Befestigungen anlegen. Vor einem Jahr noch reiste der braune Schriftsteller Hans Grimm in Vorträgen, mit denen er die Verbundenheit und Kulturkraft der »drei Norden« pries, heute wird USA den deutschen Lesern als Hort der Barbarei, Lyncherei, Gangsterei vergrault.

Die Dynamik der Diktaturen ist so vehement, daß sie heute nicht genau wissen, wo und wie sie morgen stehen werden. Vor einem halben Jahr noch höhnten sie über Abrüstungsgereide, heute möchten sie es gern durch Roosevelt in Gang bringen. Der heilige »nationale Egoismus«, den sie feierten und entzündeten, läßt sie nicht mehr schlafen. Die Unsicherheit, die sie in die Welt trugen, macht die Heroldschen immer unruhiger, schwankender und unsicherer.

Vor einem halben Jahre gab es im Dritten Reich deutsch-japanische Freundschaftsfeiern und Bündnisgesänge. Man hatte die Japaner zu diesem Behufe von den braunen Rasseprofessoren feierlich zu Arierern erklären lassen. Die »gelben Affen« von 1914 entstammten einem Irrtum, einem Mißverständnis, von jüdischen Hetzern ausgebracht. Vor einem halben Jahre wurde von Hitlers Bästern der faschistische Putschversuch japanischer Offiziere begünstigt. »Das japanische Volk besinnt sich auf seine Mission«, hieß es. In Berlin gab es einen gelben Rausch. Wer nicht mit »Heil Hitler« grüßen wollte, konnte sich mit »Banzai« helfen. Inzwischen hat das Volk auf Nippon gewählt, hat sich in übergroßer Mehrheit für die parlamentarischen Parteien ausgesprochen. Die Marxisten gar erhielten nahezu 200 Prozent Zuwachs. Eine halbfaschistische Regierung mußte gehen, eine parlamentarisch gerichtete mußte eingesetzt werden. In ihrem Programm steht Frieden mit Rußland und Freundschaft mit dem europäischen Westen. Wieder schwimmen Hitler ein paar Felle davon, und seine Presse reagiert sauer auf die Wendung im Fernen Osten. Niemand

kann heute sagen, ob sich die Demokratie in Japan baldigst durchsetzen wird, aber zunächst einmal hat der verruchte Parlamentarismus an Boden gewonnen und das Hakenkreuz trauert.

Vor kurzem feierte die Hitlerpresse einen im Dritten Reich gedrehten »deutsch-japanischen Freundschaftsfilme«, in welchem ein junger Japaner von der westlichen Demokratie heim findet zum Völkischen und damit seine Mitsu heimführt, die des verlorenen Sohnes wegen schon drauf und dran war, sich in einen Vulkan zu stürzen. Ein rührender Kitsch war es. Doch kaum gedreht, ist der Held schon rückfällig geworden, hat demokratisch gewählt, schwärmt angesichts der englischen Aufrüstung für Ausöhnung mit dem Westen und löst sich sanft auch von jener herzigen deutschen Hitlerike, die ihn beriet. Wie werden sie und Mitsu, wie werden sich die beiden Mädchen in einem japanisch-westlichen Verständigungsfilm verhalten und welche wird endlich in den rauchenden Vulkan springen?

Ach, gar raschlebig und unzuverlässig ist diese Zeit. Die Grenzen des Bluffs und der Propaganda werden sichtbar, die Diktatoren kommen hinter ihrer eigenen »Dynamik« nicht mehr her, und wenn sie heute einen Freundschaftsfilm bestellen, so wissen sie nicht, ob und wie lange er laufen darf.

Die Hitler-Marke

Wo die freie Entscheidung des einzelnen auch nur eine ganz kleine Chance hat, zeigt sich die Ablehnung des Nazi-Regimes durch die breiten Massen des Volkes und Hitler ist

Eine Kriegsidee auf Lager und Vorrat

Warum ist Deutschland »völkisch« geworden?

Der »Führer und Reichskanzler« Hitler wird nicht müde, der Welt auseinanderzusetzen, wie eminent friedlich im Grundwesenzug der von ihm entdeckte Nationalsozialismus, insbesondere seine eigene kopernikanische Entdeckung der völkischen Idee und der rassistischen Idiosynkrasie sei. Das eben, so sagt er mit Pathos immer wieder, sei es ja eben, was das heutige Deutschland vom eigenen »Imperialismus« seiner vorhistorischen Zeit und — mehr noch! — vom Imperialismus der anderen in der Gegenwart, sei es der Franzosen hier oder der Russen dort, trenne, daß seinen rassistischen und »völkischen« Auffassungen jede aggressive Mitgift fehle. Mochten andere, so plädiert Herr Hitler, einmal im Sinne gehabt haben, aus jenem schön-imperialistischen Streben heraus das Erzbecken von Briey oder die »Pistole auf der Brust Englands«, also Antwerpen dauernd eingesteckt zu halten — wir »Völkische« leben nur gewissermaßen der Natur und jenem glücklichen Naiv-Zustand der Menschen, so ungefähr, wie man sich zu Rousseaus Zeiten den glücklichen und vor allem lammfriedlichen Naturmenschen vorgestellt haben mag. Es gibt Sentimentale im Ausland genug, die diesen banalen Friedensbeteuerungen — trotz aller Handlungen, die das Hitlerregime der Welt täglich vorführt — Glauben zu schenken gewillt sind.

Den auf der großen Friedensschmelze so ausdauernd blasenden »Führer und Reichskanzler« desavouiert jetzt, in einem von Göbbels offenbar weniger beachteten Moment, eine so schwer ins Gewicht fallende Stimme aus dem Dritten Reich selbst, wie sie dort noch immer — als einzige noch von direktem Parteinfluß freie wissenschaftlich-historische Fachschrift — die von Alexander von Müller herausgegebene »Historische Zeitschrift« erheben kann. Sie bringt in ihrem letzterschienenen Band 156 einen Beitrag über »Lloyd George im Weltkrieg« — größtenteils in fachlicher Auswertung der von dem englischen Politiker (dessen gelegentliche deutschfreundliche Äußerungen übrigens nicht »gefangen nehmen« lassen dürften!) selbst besorgten Memoiren über seine Laufbahn und sein Lebenswerk. Lloyd George wird geschildert, wie er sein England und wie er die »Alliierten und Asoziierten« während des Krieges als eine Art Diktator auch des Geistes mit der freiheitlichen Idee der westlichen Zivilisation gegen das deutsche »Hunnen« und den militäristischen Atavismus des Kaiserstaates zusammengehalten habe. Dabei wird folgende beachtenswerte Feststellung nach der eigenen deutschen Seite hin nicht unterdrückt:

»Es muß vom geschichtlichen Standpunkt aus gesagt werden, daß auf unserer Seite die Fernsicht fehlte, höhere Ziele aufzustellen, die das Volk innerlich befähigten, durchzuhalten. Alles war, wie in

der gesamten Politik, auf den nahen Kampf eingestellt, der um unser einfaches Dasein ging. Gewiß, es war das natürlichste Recht, das einem Volke gegeben ist. Aber in diesem Kampfe der Ideen, in dem die feindlichen Ideen mitten in das eigne Volk hineinreichten und es seinem eignen Staat und dessen Daseinskampf entfremdeten, in diesem Ideenkampf brauchte das Volk auch einer höheren Begründung seines Krieges. Noch war die völkische Idee, die Idee des eigenberechtigten Volkstums, nicht Besitz des Volkes, am wenigsten seiner Führer...«

Wobei nur sinngemäß noch nachzutragen wäre, daß natürlich jetzt diese »völkische Idee« nicht nur bei den oder dem »Führer« des deutschen Volkes als geistiger Patronenvorrat hundertprozentig vorhanden wäre, sondern auch beim »Volk« selbst, dem die sieg-garantierende »Idee« durch die Gestapo eben eingebläut wird!

Das alles ist ganz und gar richtig! Nur ist es bisher nicht eingestanden, sondern von den Verantwortlichen des Systems immer gerade ins Gegenteil umgedeutet worden: daß nämlich praktisch der Nationalsozialismus mit seiner Verkündung des »Völkischen« ausschließlich und absolut sein und bedeuten will: die bewußte ideologische Kriegsvorbereitung und Kriegsmobilisierung aller Deutschen!

Das Ausland, für das diese sehr drastische, freilich auch ehrliche Desavouierung der Hitlerischen deklamatorischen Politik ganz deutlich sein müßte, muß sehen, wie gut oder wie schlecht es sich mit dieser deutschen Tatsache abfindet. Vom deutschen Standpunkt aus wäre freilich die Menge über die Güte der »nunmehr« entdeckten, vom Nationalsozialismus gehüteten deutschen Kriegsidee noch außerdem zu bemerken. Als der deutsche Geist noch nicht verhittelt war, hielt auch er noch dafür, daß »Ideen«, wenn sie überhaupt es sein sollten, Allgemeingüter und Allgemein-Menschliches zum Inhalt haben müßten. So gesehen kann eine »völkische« Idee im besten Falle eben nur eine Talmi-Idee, das schlechte Falsifikat einer echten, abgeben. Damit wäre schon allein das Wichtigste über das Funktionieren des deutschen ideologischen Giftgases im Ernstfall ausgesagt. Wenn aber noch dazu kommt, daß dieser Schund von einer Idee auch noch eine höchst künstliche Existenz fristet und nur durch Kasette mit allen Zutaten aufrecht erhalten werden kann, dann ist das andere — und wahrscheinlich noch viel kritischere — über die Kriegstauglichkeit des Sujets festgestellt: Mit dem Gestapo-Staat im Herzen stirbt sich auch ein deutscher Heldentod nicht gar so leicht...

Eine »völkische« Idee, wenn sie praktisch durch die Welt hindurch exekutiert werden sollte, würde auf dem Erdball keinen Fleck mehr lassen, der nicht von Granatrichtern zerwühlt worden wäre bis zur völligen und ewigen Unfruchtbarkeit. Die »völkische« Idee

müßte einen Staat wie Kanada in zwei Hälften zerreißen; sie müßte dem Ungar das Recht geben, Finnland oder Estland aus völkisch-rassistischen Gründen einstecken zu dürfen; sie müßte es zuwege bringen, daß Wales aufhört, ein Teil Englands zu bleiben und es mit den Basken der Pyrenäen zu einem phantastischen neuen Keltenstaat zusammenschustern. Wir stellen fest, daß in der Welt-politik mancher Unsinn seine Duldung aus Opportunität oder aus anderen Gründen immer gefunden hat und weiter finden wird: zu diesem »völkischen« Wahnsinn, und wenn sie es hundertmal eine »Idee«, und sogar jetzt ganz ungeniert ihre vorweggenommene Kriegsidee nennen, wird sie es nicht kommen lassen! H. E.

Wer darf das Ausland hören?

Hohes Zuchthausstrafen für Radioempfang

Der Strafsenat des hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg sprach am 15. Mai eine Reihe von Zuchthausurteilen (bis zu 6 Jahren) aus. Die Verurteilungen erfolgten wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«. Was hatten die Angeklagten getan? Sie hatten ausländische Radiostationen (Moskau, Straßburg usw.) abgehört. Das ist alles, was ihnen vorgeworfen wurde. Darin — nur darin! — bestand das »hochverräterische Unternehmen« bzw. seine Vorbereitung.

Derartige Urteile sind im Dritten Reich gewiß nichts irgendwie Erstaunliches. Sie sind ein integrierender Bestandteil des braunen Alltags. Die Begründung jedoch, die die Hamburger Richter ihrem Wahrspruch gaben, verdient als ein deutsches Kulturdokument unserer Zeit besondere Beachtung. Die deutsche »Justiz«, die sonst immer noch bemüht war, nach einem — wenn auch noch so faden-scheinigen — juristischen Mäntelchen für ihre dem Regime geleisteten Lakaldienste zu suchen, hat sich diesmal solche Mühe gespart und ein unverhülltes Bekenntnis zur braunen Parteijustiz abgelegt! In jener Urteilsbegründung heißt es nämlich, daß das Abhören ausländischer Radiosender zwar vom Strafgesetz nicht verboten sei, daß die Verurteilung wegen Hochverrates aber dennoch am Platze war, weil die Angeklagten frühere Mitglieder von Linksparteien seien.

»Es kommt« — so erklärte das Gericht — »auf das Vorlieben des Angeklagten, insbesondere auf seine frühere politische Einstellung an, bei Beurteilung der Frage, ob das Abhören gewisser Sender eine strafbare Handlung sei oder nicht.«

Bravo! Hier geben endlich einmal diese gewissenhaften und eidgetreuen Diener am Gesetz ohne allen Umschweif und ohne jedes Schönheitspfälsterchen ihre Arbeitsmethode bekannt! Sie fragen nicht nach dem Tatbe-

stand sondern nach dem Parteibuch und nach der »früheren politischen Einstellung« des angeklagten Volksgenossen. Was das Gesetz sagt, ist gleichgültig. Wie? Das Gesetz verbietet nicht Auslandsradio zu hören? Nun wohl, die Angeklagten waren früher mal in der oder der Partei! Das genügt für eine Verurteilung! Ins Zuchthaus mit ihnen für ein halbes Jahr-zehnt oder mehr! ...

Deutsche Justiz anno 1937!

Auto und Schnaps

»Gebt mir vier Jahre Zeit...«

Infolge der enormen Steigerung der Auto-unfälle will man jetzt gegen diejenigen Fahrer, die unter der Einwirkung des Alkohols die nötige Vorsicht außer acht lassen, besonders scharf vorgehen. Damit aber auch bei diesem Anlaß die Welt an den Segnungen des Dritten Reiches nicht achtlos vorübergeht, wird der Warnung an die Autofahrer folgender Kommentar beigegeben:

»Der Konsum von Alkohol ist zwar in Deutschland im Verhältnis zur Vorkriegszeit um fast 50 v. H. zurückgegangen, doch steigt die Verbrauchskurve langsam an. So wurden im Jahre 1935 12,6 Liter alkoholischer Getränke mehr auf den Kopf der erwachsenen Bevölkerung genossen als 1933, oder insgesamt 89,3 Liter Bier, Wein und Brantwein. Die Steigerung hat sich inzwischen fortgesetzt. Aus diesen Zahlen und aus ihrer Erhöhung darf nun nicht eine Hinneigung zur Unmäßigkeit abgelesen werden. Die Erhöhung des Alkoholverbrauchs ist eine Folge der Wirtschaftsbelebung.«

Die Opfer der Automobilunfälle sind also, wenn man die Sache richtig besieht, Zeugen des siegreichen Vierjahresplans noch im Sterben. Es handelt sich sozusagen um die Parallelkurve zu den Dividendensteigerungen der Brauereien und der Schnapsfabriken.

„Einblick ins Soldatenleben“

Die »Preußische Zeitung« Nr. 154 berichtet:

»Der Bann Werdenfels der HJ hat als erster sein Lager eröffnet... Die Pioniere von Mittenwald haben die Zelte aufgeschlagen, die Verpflegung hat das Jägerbataillon Garmisch übernommen und so werden die Jungen Gelegenheit haben, 14 Tage lang Soldatenkost zu genießen und so einen Vorgesmack für ihre zweijährige Militärdienstzeit erhalten. Die Gebirgsjäger werden überhaupt auch sonst oft im Lager erscheinen und Vorträge, Vorführungen werden den Jungen während der Lagerzeit einen Einblick ins Soldatenleben geben. Auch die Pioniere aus Mittenwald planen Vorführungen für die Jugend.«

Von anderen »Bildungsmaßnahmen« ist keine Rede. Wie sagte Lansbury? »Die deutsche Jugend ist fröhlich und glücklich. Ich glaube, daß der Kampfinstinkt in Deutschland wesentlich mehr unterdrückt wird als in vielen anderen Ländern. Der Kampfinstinkt gegen den Krieg nämlich.«

von der Ablehnung nicht ausgeschlossen. Zum Geburtstag des »Führers« hat die Reichspost zum ersten Male 6-Pfg.-Briefmarken, je vier in einem Block mit einem Spruch aus der Nazi-Bibel »Mein Kampf«, herausgebracht, zum Preise von 1 RM. Dafür wurde die gewohnte Nazi-Reklame gemacht: es gibt nur eine beschränkte Auflage, es muß schnellstens bestellt werden, weil sie sonst vergriffen ist und ein Nachdruck erfolgt nicht, die Lieferungen erfolgen nach Eingang der Bestellungen. Natürlich brennt das Volk, für diese Hitlermarke sein Geld zu opfern und sie hinten zu belegen.

Es kam aber gründlich anders und ein-zältiger Weise wurde das nicht verschwiegen. Die Marken fanden keine Käufer. Wohl stürzten sich die Sammler und insbesondere die Händler im In- und Ausland darauf, aber die Massen mögen sie nicht. Deshalb bot man die Marken auf Plätzen und Bahnhöfen durch Postbeamte als fliegende Händler an, wie sauer gewordenes Bier, aber ohne Erfolg. Man suchte die Unternehmer zu animieren, die Marken zu dem horrenden Preis den Beleg-schaften anzuhängen oder auf Betriebskosten zu verschenken, weil doch die Arbeiter so dringend nach dem Gesicht des »Führers« verlangen. Auch diese Spekulation schlug fehl, weil kein Terror drohte.

Jetzt versucht es die Post »auf Wunsch weiter Bevölkerungskreise« mit dem Einzelverkauf der Marken, das Stück zu 25 Pfg. Der Block wurde geschlitzt, damit jeder Käufer einen Bruchteil des Bibelspruches mit bekommt, aber nicht einmal ein Bruchteil ist angenehm für 25 Pfg. Nun werden die Einzelmarken vom 10. bis 13. Juni in Hamburg

auf der Reichstagung der KdF, angeboten und da wird natürlich jeder Teilnehmer kaufen müssen, ob er will oder nicht. Dann werden die Einzelmarken im ganzen Reich an den Postschaltern angeboten: immer heran, meine Herrschaften, die 6-Pfg.-Marke mit dem Gesicht nur 25 Pfg. Aber fragt nur das deutsche Volk, wieviel ihm diese Marke wert ist: nicht einmal einen Sechser will es dafür ausgeben!

Sankt Georg

Und seine Ahnentafel.

Zum fünfzigsten Todestage Hans von Marées bringt die DAZ (6. Juni) einen langen Aufsatz, aus dem ihre Leser erfahren, welch ein soldatischer Mensch dieser romantische Maler war:

»In der Arbeit kämpfte er mit der soldatischen Strenge und Ausdauer und mit immer größer werdenden Augen (indes sein übriges Gesicht gleichsam in der Hitze zusammenschumpfte), sich hineinbohrend in das Geheimnis der großen, über die Zeit hinaus großen Kunst.«

Nicht genug damit, ein im besten Sinne Heroischer war er:

»Und so erhebt sich das ursprünglich Schrofne seiner männlichen soldatischen Natur nun zu jener ernsten Feierlichkeit, wie sie nur durch den Begriff des Heroischen gekennzeichnet werden kann. Damit steht Marées als völlig einzelner — auch ganz anders als Feuerbach und Böcklin, die in anderer Weise der Antike huldigten — in seiner Zeit.«

Ja, ruft die DAZ begeistert, er war ein echter Ritter von St. Georgs Gnaden... Das alles soll wohl eine tapfere Meckerei sein, denn dieser echte St. Georg könnte heute der braunen Reichskul-

turkammer mit nichten angehören. Die DAZ stellt sich zwar harmlos, indem sie ihn flämischer Abkunft sein läßt, aber das gilt leider nur für den Vater. Die Mutter wird von dem Blatte unterschlagen, maßen sie eine durchaus jüdische Friederike Sußmann aus Halberstadt war.

Männlich, heroisch, einzig in seiner Zeit, ein Ritter Georg — wir haben ja immer gesagt, daß aus deutsch-jüdischer Rassenschande sehr oft das hervorgeht, was sich Mischlinge wie Göbbels, Rosenberg etc. unter einem echten Norden vorstellen.

Mißbrauchter Klopstock

»Erster« Nationalsozialist sagt seine Meinung.

Sie haben wieder einen »ersten« Nationalsozialisten entdeckt: diesmal den guten Klopstock aus Quedlinburg. Wehrlos, wie man über 130 Jahre nach seinem Tode auf Grund eines ewigen Naturgesetzes ist, muß es sich der Lobpreiser des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges und der Freiheitsideen der französischen Revolution gefallen lassen, die »Weihstunde« der neudeutschen Despotie mit seinem Genius auszufüllen. Eine ganze Woche wurde ihm gewidmet, mit Reden und Festsetzungen, wobei auch eine Klopstockfeier der Hitlerjugend nicht fehlte. Mit welcher Dreistigkeit die Gestalt des Dichters ans Hakenkreuz geschlagen wurde, bewies am deutlichsten eine Rede des Universitätsprofessors Kindermann aus Münster. Er schloß die Dichter als den literarischen Hofprediger des Preußenkönigs Friedrich. In Wahrheit wurde Friedrich II. von Klopstock in zahlreichen Gedichten wegen seiner

hohnvollen Verleugnung der deutschen Sprache angegriffen — in Versen, die er als Zeitgenosse Hitlers aufs härteste zu büßen hätte.

Seine Meinung über das Dritte Reich hat Klopstock bereits vor drei Menschenaltern ausgesprochen — mit einer Aktualität, die nur wenigen seinen Oden und Hymnen zu eigen ist! In seinem dem wortbrüchigen Fürsten gewidmeten Gedicht »Freiheitskrieg« sagt er:

»Und jetzt wollt ihr sogar des Volkes Blut... Wollt das gepönligt Volk, das, Selbsterretter, der Freiheit Gipfel erstieg.

Von der furchtbaren Höh', Feuer und Schwert in der Hand, herunterstürzen, es zwingen, »Wilden von Neuem dienstbar zu sein...«

Belastungsprobe

Es gibt in Deutschland einen »pressepolitischen Apparat der NSDAP«. Dieser Apparat, Gau Köln-Aachen, hielt in Frankfurt eine Arbeitstagung ab, auf der Gauamtsleiter Schwaabe laut Bericht der »Kölnischen Volkszeitung« (Nr. 152) feststellte,

»daß die den Zeitungen übertragene große nationale Aufgabe nicht allein von der parteiamtlichen Presse erfüllt werden könne. Das deutsche Zeitungswesen müsse ein möglichst vielgestaltiges Gesicht haben, um auf die gesamte Volksgemeinschaft einwirken zu können... Der Führer wolle Staatsbürger, die politisch denken und urteilen können, keine Untertanen!«

Der Apparat soll selbst bei diesen Worten nicht in die Luft geflogen sein.

Soziale Heuchelei

Die Arbeitsfront hat die Aufgabe, die allgemeine Mißstimmung in Deutschland durch soziale Heuchelei zu überbrücken. So veröffentlicht die Deutsche Arbeitszeit-Korrespondenz vom 2. Juni einen Protestartikel gegen

Kriechertum und Günstlingswirtschaft

die »mit Stumpf und Stiel ausgerottete« werden sollen. Die DAK berichtet aus einem Betrieb, daß dem Angestellten X von seinem Prokuristen die Versetzung auf einen besseren Posten angekündigt worden war, weil dessen derzeitiger Inhaber Y nachweislich versagt hätte. Die Versetzung wird mit Erfolg durchgeführt. Der Angestellte X nimmt einen kurzen Urlaub, findet nach seiner Rückkehr den unfähigen Y wieder auf dem alten Posten und stellt schließlich fest, daß der minderfähige Y inzwischen durch Intervention des Direktors zurückversetzt worden war. Der Prokurist erklärt auf eine Rückfrage: »Weshalb soll ich mir Läuse in den Pelz setzen. Der Direktor wollte Y wieder auf diesem Posten haben.«

Die DAK knüpft an den Bericht ein langes Lamento über Kriechertum und Günstlingswirtschaft und stellt fest, daß der Angestellte X im Recht war. »Er hatte einen eindeutigen Anspruch auf den ihm einmal anvertrauten und späterhin widerrechtlich vorenthaltenen Posten.« Was wird aus der Beschwerde des X? »Er muß sich trotz anerkannter Leistungen mit einem minderbezahlten Posten begnügen.« Die Riesenorganisation der Arbeitsfront meckert, verurteilt solche Ehrlosigkeiten und warnt vor Liebedienerei. Der ganze Leitartikel ist eine einzige Bestätigung für die Ohnmacht der Naziorganisation gegenüber der Unternehmerwillkür. Nur soziale Heuchler können an solche Berichte die Verherrlichung der Betriebsgemeinschaft anschließen.

Ueberarbeit ohne Bezahlung

Eine der willigsten Berufsgruppen der Nazis, die Bankbeamten, waren am 20. März 1937 endgültig ihres alten Tarifvertrags beraubt worden, nachdem der Inhalt schon vorher längst ausgehöhlt gewesen ist. Jetzt kann die Arbeitszeit, wenn es »die Belange der Allgemeinheit« nötig machen, auf 54 Stunden wöchentlich verlängert werden. Nach Leistung von 96 Stunden in zwei aufeinander folgenden Wochen muß ein Ueberstundenzuschlag von 25 Prozent bezahlt werden. So besagt es die neue Tarifordnung. Heuchlerisch aber wird hinzugefügt:

»Inwieweit Gefolgschaftsmitglieder, die einen Anspruch auf eine über die reichsgesetzliche Versicherung hinausgehende Alters- und Hinterbliebenenversorgung unter Beteiligung des Unternehmens haben, Ueberstundenbezahlung verlangen können, bleibt betrieblicher oder einzelvertraglicher Regelung vorbehalten.«

Warum bellt der Sondertreuhänder für das Bankgewerbe die Angestellten, indem er erst von einer Ueberstundenbezahlung spricht. Er weiß, daß alle Großbanken — 90 Prozent aller Bankgeschäfte — entweder betriebliche oder gewerbliche Ersatz-Pensionskassen haben. In der »Systemzeit« war keiner der schlimmsten Unternehmenssyndica auf die Idee gekommen, Firmenbeiträge zu Pensions-einrichtungen als Aequivalent für Ueberarbeit zu erklären. In den Tarifordnungen des Dritten Reiches ist der Arbeiterbetrug zur Regel geworden.

»Aufstieg des Landarbeiters«

Unter dieser unwahren Überschrift wird den Besuchern der Münchener Ausstellung des Reichsnährstandes eine Schau vorbildlicher Landarbeiterwohnungen, sozialer Reform der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorgeführt. Der ganze Schwindel wird offenbar, wenn man die DAK vom 29. Mai d. J. liest, die bei aller Schönfärberei zugeben muß:

»In Wirklichkeit trägt aber ein großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebsführer selbst die Schuld an der geringen Bodenständigkeit des Landarbeiters.«

Es fehle an Verständnis, um »nur etwas Fürsorge den Gefolgschaftsmitgliedern gegenüber an den Tag zu legen.« Die Tariflohn-unterschreitungen kommen, wie die DAK schreibt, immer wieder vor. Hinsichtlich der Unterkunft heißt es im Organ der DAF:

»Aber selbst den geringsten Anforderungen an die Beschaffenheit der Wohnräume werden die einzelnen Betriebsführer nicht gerecht.«

Schließlich droht das Blatt den Herren Betriebsführern mit Einleitung von sozialen Ehrengerichtsverfahren

»wegen böswilliger Ausnutzung der Arbeitskraft und Kränkung der Ehre der Gefolgschaftsmitglieder«

und mit empfindlicheren Strafen, als bisher. Der Bericht der DAK ist eine bewegliche Klage der unhaltbaren Zustände der deutschen Landarbeiter. In München aber zeigt sich dem Ausstellungsbesucher »Der Aufstieg des Landarbeiters«.

Soziale Hilfe — aber mit Unterschied

Das wahre Gesicht der Nazi-Sozialpolitik zeigt sich in der Unterscheidung, die bei der sozialen Fürsorge getroffen wird. Die soziale Wohlfahrt des Reiches soll nicht allgemein und gleich sein. Es soll, wie die DAK am 30. Mai verkündet, eine bewußte Auslese stattfinden.

»Der (erbgesunde und rassistisch) Hochwertige erhält nach Umfang und Ausmaß eine umfassendere Fürsorge, als der erblich weniger wertvolle Volksgenosse.«

Die Feststellung, wer als erbbiologisch wertig anzusehen ist, treffen die Helfer und Helferinnen der NSV, außerdem wird in den Städten eine Erbkarrei angelegt. Man hofft, daß bald

»mit einer klaren Uebersicht über den erb-biologischen Wert der Bevölkerung gerechnet werden kann.«

Der Verfasser schätzt, daß ohne das Eingreifen der Nazis die Vermischung zwischen Erbkräftigen und Erbkranken im Verlaufe von 160 Jahren 22 Millionen Erbgesunde einer Mehrzahl von 33 Millionen Erbkranken gegenüber gestanden hätten. Es war also höchste Zeit, daß die NS-Volkswohlfahrt »mit der früheren Wohlfahrtspraxis gebrochen hat.«

Die unterschiedliche Sozialpolitik nach der »Hochwertigkeit« des einzelnen Volksgenossen hat mit dem sozialen Arbeiterschutz, wie er im System kapitalistischer Ausbeutung unerlässlich geworden ist, nichts mehr zu tun. Aber vielleicht ließe sich die Herstellung der Qualitätskartei vereinfachen, in dem die Mitgliedsnummern der alten Kämpfer für Hochwertigkeits-Reihenfolge maßgebend sind.

Die Nazis sollten nicht länger von sozialer Fürsorge sprechen, sondern von der systematischen Vorsorge gegen das Entstehen irgend welcher Arbeiterwohlfahrt.

Deutsche Gefängnisse

Kürzlich besuchte uns ein Freund, der eine längere Gefängnisstrafe verbüßt hatte. Zwar hatte das Verfahren bereits vor Hitler mit einem Freispruch geendet, der rechtskräftig geworden war, aber nach Hitler setzten die Nazi-Konkurrenten ein neues Verfahren durch, das selbstverständlich zur Verurteilung führte. Unser Freund berichtete:

Die Ernährung war in dem Gefängnis äußerst mangelhaft und die Lebensmittelnote bekommen die Gefangenen besonders zu spüren, verstärkt durch den Geldmangel des Systems. Nach und nach sind die Kosten der Verpflegung von 32 Pfg. auf 18 Pfg. pro Mann und Tag herabgesetzt worden. Abmagerung, Hunger und Krankheiten treten immer stärker auf. Auch Wahnsinnsfälle sind nicht selten.

Natürlich werden solche Kranke als Simulanten betrachtet, unmenschlich geprügelt und in den Bunker geworfen, bis man sie nach einigen Tagen in eine Irrenanstalt überführt. Disziplinarstrafen hagelt es bei jeder Kleinigkeit und niemand ist sicher davor. Neben den üblichen Prügelein gibt es Bunker: eine luftlose Zelle im Keller bei Wasser und Brot und hartem Lager, ohne jede Decke. Verhängt werden 2, 4, 30, 36 Tage, je nachdem es der Direktion in ihrer Willkür gefällt. Wer eine Zeitlang im Bunker gewesen ist, kommt gebrochen und mit allen Zeichen des Schreckens zurück. Unter den Gefängniswärtern sind die jüngeren »alten Kämpfer« der Nazis die elendesten Schweinehunde, die ihre Minderwertigkeit an den wehrlosen Gefangenen auskosten.

In der betreffenden Abteilung gab es nur Einzelhaft, selbst die Beschäftigung bringt die Häftlinge nicht zusammen. Die Beschäftigung besteht in Papierarbeiten, Herstellung von Schnüren usw. Dafür wird ihnen ein Betrag von täglich etwa 6 Pfg. im Durchschnitt gutgeschrieben. Davon muß der Gefangene sein Schreibmaterial, Porto usw. bezahlen. Auch wenn er etwas zerbricht an EBgeschirr, Arbeitsgerät oder dergleichen, so wird ihm der Betrag dafür abgezogen. Auf keinen Fall bleibt etwas übrig, was der Gefangene bei seiner Entlassung bekommen könnte. Wer das vorgeschriebene Pensum nicht leistet, bekommt keine Schreiberlaubnis, er darf keinen Besuch empfangen usw. Er wird auf jede Weise seelisch gequält.

Die Gefangenen bekommen eine Zeitung: »Der Leuchtturm«, die im Gefängnis Pißzensee hergestellt wird. Die Zeitung muß wieder abgegeben werden und wird darauf untersucht, ob nicht etwa Bemerkungen darauf geschrieben sind. Ebenso müssen die Briefumschläge von Briefen an die Gefangenen abgeliefert werden und wer es sich hat einfallen lassen, träumerischerweise in Gedanken an Haus mit dem Bleistift auf dem Umschlag zu schreiben oder zu malen, wie es jeder von sich selber kennt, wird bestraft. In allen Fällen gibt es Bunker.

Jeden Morgen um 4 Uhr aufstehen und dann beginnt der militärische Drill: marschieren, marschieren, Laufschrift, hinlegen, aufstehen, Freilübungen usw. Aber es erfolgt auch eine Ausbildung mit Gewehr und so meinte unser Freund, wenn es einmal losgeht, können die Gefängnisinsassen sofort in den Schützengraben befördert wer-

den. Aber die Nazis werden keine Freude an diesen Menschen erleben, denn niemand ist und wird dem Nationalsozialismus gewonnen. Wenn auch das Sprechen unter den Gefangenen verboten ist, so kann es doch nicht vollständig verhindert werden und die Gesinnung der Menschen ist bekannt. Am haßerfülltesten sind die früheren Nazis, welche von ihren eigenen Leuten in die Gefängnisse gesperrt wurden wegen irgendwelcher Vergehen, die von den Großen entsprechend ihrer Stellung in gigantischem Ausmaße straflos begangen werden dürfen.

Die Gefängnisse sind heute von unendlich vielen durchaus ehrenwerten Menschen bevölkert, darunter viele Intellektuelle, die als Opfer von Nazi-Gegnern und Denunzianten verurteilt wurden. Ueber die Folgen werden sich die Nazis noch wundern. In den Gefängnissen des Dritten Reiches wird eine Saat ausgestreut, die den Sturm gebiert, wenn die Stunde der Reife da ist.

„Zeichnet Kriegsanleihe!“

Eingliederung auch der Arbeiterschaft in Hitlers Kreditinflation-Abenteuer.

In der »Deutschen Arbeiterkorrespondenz«, dem amtlichen Presseinformationsorgan der Leyschen »Deutschen Arbeitsfront« sind in den letzten Tagen »Stimmungs«-Artikel zu finden gewesen, die den deutschen Arbeiter und ehemaligen Gewerkschaftler auffordern, sich an der Aufbringung der neu vom Hitler-Schacht-System aufgelegten »Arbeitsanleihe« zu beteiligen. Das ist genau in dem Tone gehalten, der in »großer Zeit« für die verschiedenen Kriegsanleihen des Nationalbankrotteurs Helfferich warb, allen braven Deutschen, die nachher mit diesen Reichspapierchen ihre Zimmer tapazieren durften, noch zum seeligen Andenken. Danach brauchte es aber auch gar nicht zu wundern, wenn in Verfolg der Angelegenheit nunmehr auch berichtet wurde, daß der Arbeiter, der wirklich seine sauer verdienten und ersparten hundert Mark auf dem bekannten »Altar des Vaterlandes« opfern sollte, künftig von Gnaden der »Arbeitsfront« einen Tag längeren Werksurlaub zugesprochen erhalte — genau so, wie man im Felde dem »wackeren Feldgrauen« seine paar Pfennige Kriegslöhnung, ja damals auch aus dem Brustbeutel lotete, indem man ihn — je nach der Höhe des erlegten Barbetrages für Kriegsanleihe — einen Tag oder auch drei länger »bei Mutter«n« verweilen ließ.

Wie es gemacht wird, jene zu fangen, die nie alle werden, mögen folgende Standard-Sätze aus einem solchen Anleihe-Werbe-Artikel der »Deutschen Arbeiterkorrespondenz« (Nummer vom 16. Mai d. J.) erweisen:

»Die Reichsanleihe stellt aber auch die beste Kapitalanlage dar angesichts der unbedingten Sicherheit (!!!) des Papiers, die durch die unbeeinträchtigte Wirtschaft- und Finanzpolitik des neuen Staates hundertprozentig (!!!) gewährleistet ist.«

Oder auch:

»Unter diesen Umständen ist es auch sehr erwünscht, daß der kleine Sparer sich der großen Vorteile, die die Reichsanleihe bei ihrer ausgezeichneten Effektivverzinsung hat, nutzbar macht. Er hat ohne weiters die Möglichkeit dazu, denn die Anleihe ist von 100 Reichsmark an aufwärts gestückelt... Die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik ist so klar und gradlinig, daß

das deutsche Volk seiner Führung wieder restlos vertraut. Es weiß genau, daß es bei uns niemals Währungsmanöver gibt (!) und damit ist der Einsatz seiner Hände Arbeit für immer (!!!) gesichert. Weil eben ein für allemal Störungen der kontinuierlichen Entwicklung ausgeschlossen sind, kann der Sparer seine Gelder dem neuen Staat zum weiteren Aufbau bereitwilligst zur Verfügung stellen.«

Es ist kein schlechter Witz der Weltgeschichte, daß just zur selben Zeit eine in Finanzdingen so gut auskennende ausländische Beobachterstelle — wie die Handelsredaktion der »Neuen Züricher Zeitung« die sich außerdem von gar keinen antifaschistischen Gedankengängen leiten läßt — sich in ihrer Nummer vom 26. Mai ds. grundlegend über den fragwürdigen Befund des »Berliner Geldmarkt« äußert. Bei Besprechung der deutschen Bemühungen für die Unterbringung der neuen Reichsarbeit-, besser: Reichsrüstungs- und Kriegsanleihe spricht sie von der großen Bedeutung der »vagabundierenden Gelder, welche »die deutsche Kreditinflation« geschaffen habe und die eben jetzt, bei Vergebung der neuen Anleihe »Unterschluß suchen müßten«. Weit davon entfernt, armselige Erparnisse hart arbeitender Proleten als »vagabundierende Gelder« zu bezeichnen, möchten wir aber den jetzt freundlichst zur finanzoperativen Mitwirkung eingeladenen Ley-Untertanen doch im Hinblick auf das, was totschier mit ihren Einlagen in Hitlers »unbeeinträchtiger Wirtschaft- und Finanzpolitik« in naher Zukunft schon geschehen wird, das folgende Gesamturteil des genannten Schweizer Weltblattes mitteilen:

Wenn es in Deutschland zu einer Vertrauenskrise kommen könnte und das Reich seine Schulden bezahlen müßte, wäre eine Inflation im eigentlichen Sinne unvermeidlich. Das direktoriale System verfügt über Mittel, die eine Vertrauenskrise wirksam unterbinden, wodurch auch der Ausbruch einer offenen Inflation verhindert wird. Der im Ausland geprägte Ausdruck des »inflationpotentials« kennzeichnet deshalb die Situation treffend. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die währungs- und finanzpolitische finanzielle Lage des Reichs bei einer eventuellen Wiedereingliederung Deutschlands in das internationale Wirtschaftssystem wohl das weitaus schwierigste Problem wäre...«

Mit anderen Worten: Wer möchte wirklich eine erste Hypothek darauf nehmen, daß die deutschen Konzentrationslager und die Gestapo-Revolver — eben als die »wirksamen Mittel des direktorialen Systems« gegen Vertrauenskrise und Inflation — für ein Jahrhundert, ja auch nur für ein Jahrzehnt in ungestörter und ungetrübter Wirksamkeit bleiben? Danach diesem bis zum Halse bereits total bankrotten System auch nur einen einzigen Groschen ohne zwang zuzufließen zu lassen, wäre nicht nur ein Verbrechen an der Menschheit und an Vaterland, dessen Leidensweg dadurch nur unnötig verlängert würde, sondern vor allem auch ein Verbrechen an sich selbst, weil eben dieser Groschen in den, freilich mit einem Hakenkreuz gezeichnet, Schornstein geschrieben wäre! Für Zeit und Ewigkeit!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.20 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.